Europa in Berlin in Europa

- EU-Informationen für die Senatsverwaltungen und die Bezirke –

Nr. 43/44

Senatskanzlei, Angelegenheiten der EU
Senatskanzlei, Büro Brüssel
Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg

Redaktionsschluss: 31.08.2006

Inhalt

Editorial 1
Infos zu EU-Förderprogrammen.....2
Programmvorschau.....8
Aus- und Weiterbildung 12
Europa in Berlin.....13
Bericht aus Brüssel 16
Termine 19
Europa im Netz / Publikationen.....23
Stellenausschreibungen / Auswahlverfahren.....24

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in den letzten Wochen galt die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft der eskalierenden Gewalt in dem Konflikt zwischen Israel und der schiitischen Hisbollah-Miliz. Die EU war einer der Hauptakteure bei den diplomatischen Bemühungen um einen Waffenstillstand und nimmt auch jetzt eine Schlüsselrolle bei der zügigen Umsetzung der Resolution 1701 des Sicherheitsrates der UNO ein.

Nach der Konferenz von Rom reisten Repräsentanten der EU nach Israel, Gaza und in den Libanon, um eine für alle Parteien akzeptable Lösung zu finden. Das Ergebnis wurde umgesetzt in den Forderungen, die durch die europäischen Außenminister gemeinsam formuliert wurden. Diese Forderungen finden sich überwiegend auch in der UNO-Resolution 1701 wieder.

Die EU-Außenminister einigten sich bei einem Treffen in Brüssel am 25.08.06 auf die Bereitstellung von bis zu 6900 Soldaten für die erweiterte UN-Friedenstruppe im Libanon, die den brüchigen Waffenstillstand sichern soll. UNO-Generalsekretär Kofi Annan sprach davon, dass die EU ihre Verantwortung wahrnehme und das Rückgrat der Mission bilden werde. Der Gesamtbetrag der von der EU und ihren Mitgliedstaaten bereitgestellten humanitären Hilfe beläuft sich auf 100 Mio. Euro. Vor Ort prüfen Mitarbeiter von ECHO die humanitäre Lage, kontrollieren die humanitären Hilfsmaßnahmen und sorgen für die Koordinierung mit dem libanesischen Ausschuss für humanitäre Hilfe. Bei ihrer Arbeit werden sie von Sachverständigenteams unterstützt, die über das Katastrophenschutzverfahren der EU mobilisiert wurden. Bei der Geberkonferenz für den Wiederaufbau des Libanon am 31. August wird die EU einen ersten Beitrag in Höhe von 42 Mio. Euro zusagen.

Mit dem Engagement für die Waffenruhe, mit der zügigen und umfangreichen Zusage von Soldaten sowie durch den verantwortungsvollen Umgang mit den Aufgaben der humanitären Hilfe und des Wiederaufbaus wird die EU ihrer Rolle als globaler Akteur der Weltpolitik gerecht und setzt ein deutliches Zeichen in der Entwicklung einer eigenen Außenpolitik. Diese Entwicklung stellt für die EU und ihre Mitgliedstaaten einen Gewinn an Handlungsfähigkeit und politischem Gewicht in der Weltpolitik dar.

Viel Vergnügen bei der Lektüre wünscht

Ihr Redaktionsteam

Infos zu EU-Förderprogrammen

Ausschreibungen werden In der Regel im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht. Die Dokumente sind unter folgender Webseite nachzulesen:
http://europa.eu.int/eur-lex/lex/JOIndex.do?ihmlang=de.

Weitere Informationen zu aktuellen Ausschreibungen finden Sie unter:
http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/foerderprogramme/index.html

B i l d u n g , J u g e n d , S p o r t

- **Sokrates – GRUNDTVIG, unterschiedliche Fristen**

Grundtvig dient der Verbesserung der Erwachsenenbildung und anderer Bildungswege sowie des lebensbegleitenden Lernens. Es umfasst den schulischen und außerschulischen Bereich sowie das „informelle" und selbständige Lernen. Die laufende Ausschreibung gilt für:
- Grundtvig 3 – Einzelstipendien zur Fortbildung von Lehrkräften der Erwachsenenbildung, bzgl. der Frist bitte Kontakt mit der nationalen Agentur aufnehmen!

Weitere Informationen auf der Seite der EU-Kommission:
http://europa.eu.int/comm/education/programmes/socrates/grundtvig/home_en.html
und bei der in Deutschland zuständigen nationalen Agentur InWent:
http://www.inwent.org/ins_ausland/wohin/europa/index.de.shtml

- **Leonardo II –Flankierende Maßnahmen - Weiterentwicklung und Erprobung des europäischen Qualifikationsrahmens (EQF), Frist: 8. September 2006**

Durch diese Ausschreibung werden länderübergreifende Partnerschaften zwischen Einrichtungen aus mindestens fünf Mitgliedstaaten finanziell unterstützt, die dem Erfahrungsaustausch und der Entwicklung von Lösungen und Instrumenten zur Unterstützung der Anwendung des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQF) auf nationaler, europäischer und sektoraler Ebene dienen. Der EQF ist ein wesentliches Element des Arbeitsprogramms „Allgemeine und berufliche Bildung 2010" und soll den Bürgern die Übertragung und Anerkennung ihrer Qualifikationen zu erleichtern. Abtragsberechtigt sind öffentliche Verwaltungen, Forschungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen, die in der beruflichen Bildung tätig sind. Der EU-Zuschuss kann sich zwischen 50.000 € und 125.000,-€ bewegen kann, aber nicht mehr 75% der Projektkosten. Weitere Infos: http://ec.europa.eu/education/programmes/calls/2206/call_de.pdf bzw. http://ec.europa.eu/education/policies/training/training_de.html. Die Ausschreibung ist erschienen im ABL C 149 vom 27.06.2006 .

- **Erasmus für Lehrlinge und andere junge Menschen in der beruflichen Ausbildung, Frist: 28. September 2006**

Ziel der Ausschreibung ist
- die individuelle Mobilität von Auszubildenden und anderen jungen Menschen zu erhöhen und praktikable Strategien dafür zu entwickeln
- Unternehmen zu ermutigen, sich stärker für die Mobilität Jugendlicher in der beruflichen Erstausbildung einzusetzen
- die mobilitätswilligen Einrichtungen (Ausbildungszentren, KMU, ...) administrativ, organisatorisch, finanziell und pädagogisch zu unterstützen

Dabei sollen die Transparenzinstrumente (ECVET, EQR, Europass und Qualitätscharter der Mobilität) angewandt bzw. erarbeitet werden. Gefördert wird die Einrichtung von Plattformen zur Promotion und Entwicklung der Mobilität in der beruflichen Bildung. Antragsberechtigt sind:
- Handelskammern, Handwerkskammern und andere als Mittler fungierende Stellen
- Ausbildungsanbieter (öffentliche, private, sektorale Einrichtungen usw.)
- Aufsichtsinstanzen für Netzwerke von Ausbildungsanbietern
- Öffentliche/private/halbstaatliche Einrichtungen, die im Bereich der Förderung der Berufausbildung und der Mobilität junger Menschen in beruflicher Erstausbildung sind.

Bei einer Kofinanzierung von höchstens 75% pro Projekt (maximale Fördersumme 150.000 € pro Projekt) hat die Kommission ein Budget von 1.600.000 € vorgesehen, d.h., dass 12 Projekte europaweit gefördert werden können.
Weitere Informationen unter http://ec.europa.eu/education/programmes/calls/4506/index_en.html
Die Ausschreibung ist erschienen im ABL EG (C) 194 vom 18.08.2006

- **2. Auflage eTwinning-Praxishandbuch**

Von der Projektidee über die konkrete Planung und Umsetzung eines Projekts, bis hin zur Anerkennung für die Schule werden alle Schritte eines eTwinning-Projekts erläutert. Das Handbuch kann von Schulen und Lehrkräften kostenfrei bestellt werden unter eTwinning@schulen-ans-netz.de. Weitere Informationen unter: http://www.etwinning.de/praxis/unterrichtshilfen/phb.php

S t a d t e n t w i c k l u n g

- **URBACT (2000-2006), Frist: jederzeit**

Ziel von Urbact ist der Aufbau eines transnationalen Erfahrungsaustauschnetzwerks zwischen den städtischen Akteuren. URBACT zielt darauf ab, durch Erfahrungs- und Informationsaustausch bewährte Verfahren herauszustellen, so dass aus den in den Programmen festgestellten Stärken und Schwächen für die Zukunft gelernt werden kann (best practice).
Zur Erreichung der o.g. Ziele wurden drei Prioritäten für URBACT bestimmt:
Priorität 1: Austausch und Verbreitung von Wissen
Priorität 2 Nutzbarmachung der Erfahrungen von und Information über URBAN I bzw. II
Priorität 3: fachliche Unterstützung bei der Durchführung eines Programms.
Antragsberechtigt sind städtische Akteure aus den 216 Städten und Stadtteilen, die im Rahmen von URBAN I und II und der städtischen Pilotprojekte unterstützt wurden bzw. werden. Ferner sind alle Städte antragsberechtigt, die am 1. Mai 2004 mindestens 20.000 Einwohner aufwiesen und in den neuen Mitgliedstaaten liegen. Andere Städte innerhalb der EU können sich beteiligen, wenn sie die für sich anfallenden Kosten selbst tragen. Als städtische Akteure gelten lokale Verwaltungseinheiten, Bürgerinitiativen, soziale und wirtschaftliche Interessenvertreter. Um als thematisches Netzwerk als Ganzes aufgenommen zu werden, bedarf es mindestens fünf städtischer Akteure aus mindestens drei Mitgliedstaaten. Weitere Informationen: http://www.urbact.org/home

- **Intelligente Energie, Frist: 31.10.2006**

Die letzte Ausschreibungsrunde zum Programm Intelligente Energie wurde veröffentlicht. Das Programm gliedert sich in vier Teilbereiche:
- SAVE : Verbesserung der Energieeffizienz und des Nutzens von Energie. Besondere Priorität wird hier der Energienutzung in Gebäuden – dies gilt sowohl für die Errichtung als auch die Nutzung von Gebäuden - und in der Industrie zugewiesen.
- ALTENER : Förderung neuer und erneuerbarer Energiequellen für die zentrale und dezentrale Produktion von Strom und Wärme und ihre Einbeziehung in das lokale Umfeld und in die Ener-

giesysteme, z.B. Förderung von neuen erneuerbaren Brennstoffquellen sowie der Einsatz von Fahrzeugen mit alternativem Antrieb
- STEER : Unterstützung von Initiativen, die energiespezifische Aspekte des Verkehrswesens zum Inhalt haben
- COOPENER : Förderung erneuerbarer Energiequellen und der Energieeffizienz in Entwicklungsländern, insbesondere in Zusammenarbeit der EU mit Afrika, Asien, Lateinamerika und Pazifik;

Förderungsfähige Maßnahmen umfassen, z.B.:
- Studien zur Marktentwicklung und von Energietrends
- Ausarbeitung von Normen und langfristiger Vereinbarungen mit der Industrie
- Umgestaltung von Strukturen und Instrumenten für die Entwicklung nachhaltiger Energiesysteme und des Energiemanagements
- Entwicklung von Strukturen zur Verbesserung der Informationsverbreitung
- Einrichtung neuer lokaler und regionaler Energiemanagement-Agenturen
- Konferenzen und Veranstaltungen

Es werden keine Investitionen in Technologien gefördert!
Die EU finanziert bis zu 50% der förderfähigen Kosten des Projektes. Weitere Infos unter: http://ec.europa.eu/energy/intelligent/call_for_proposals/index_en.htm

Wirtschaft, Arbeit und Frauen

- **Information, Konsultation und Beteiligung der Unternehmensvertreter, Frist: 15. 09. 2006**

Mit der Ausschreibung werden Maßnahmen gefördert, die der transnationalen Zusammenarbeit der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter mit Blick auf Information, Konsultation und Beteiligung in Unternehmen dienen, die in mehren Mitgliedstaaten tätig sind. Auf diese Weise sollen die in der europäischen Richtlinie für europäische Betriebsräte bzw. in der europäischen Richtlinie zur Einbeziehung der Arbeitnehmer in die Europäischen Aktiengesellschaft und bzw. der Europäischen Genossenschaften niedergelegten Ziele umgesetzt werden. Förderfähige Maßnahmen sind:
- Beispielhafte Verfahren im Bereich der Information, Konsultation und Beteiligung in Unternehmen und Unternehmensgruppen
- Aktionen zur Vorbereitung der Einbeziehung von Arbeitnehmervertretern in die Europäischen Aktionsgesellschaft oder in die Europäische Genossenschaft
- Innovative Aktionen, die der Verhütung und Beilegung von Arbeitskonflikten in multinationalen Unternehmen zugute kommen, die Rahmen von Umstrukturierungsmaßnahmen auftreten.

Der EU- Zuschuss beträgt 80% der Projektkosten, wobei der 20%ige Kofinanzierungsanteil nicht in Form von Sachleistungen erbracht werden kann. Die Ausschreibung ist erschienen auf der Seite der DG Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit:
http://ec.europa.eu/employment_social/emplweb/tenders/tenders_de.cfm?id=145

- **Asia Invest III (2006/2007), Fristen: 06. Oktober 2006 und 09. März 2007**

Das Programm unterstützt Organisationen, die dazu beitragen, die Geschäftsbeziehungen zwischen kleinen und mittelständischen Unternehmen in Europa und Asien zu entwickeln und zu stärken. Gefördert werden folgende Maßnahmetypen:
- Geschäftstreffen und Geschäftspartnervermittlung (business meetings and matchmaking events)
- Wissensaufbau (capacity building) zugunsten asiatischer KMU und/oder asiatischer Wirtschaftsverbände

Es werden Projekte zwischen mindestens 3 Partner gefördert, die aus den 25 EU-Mitgliedstaaten und folgenden **18 Staaten Asiens** stammen: Afghanistan, Bangladesh, Bhutan, Kambodscha, China (außer

Hongkong, Taipeh und Macao), Indien, Indonesien, Laos, Malaysia, Maldiven, Mongolei, Nepal, Nordkorea, Pakistan, Philippinen, Sri Lanka, Thailand, Vietnam. Antragsberechtigt sind Wirtschaftsverbände, NRO. Der Zuschuss zu den Projekten bewegt sich zwischen 100.000 Euro und 600.000 Euro bzw. zwischen 75% und 95% der förderfähigen Gesamtkosten. Weitere Infos unter: http://ec.europa.eu/comm/europeaid/projects/asia-invest/html2002/howtoapply.htm

Wissenschaft, Forschung, Kultur

- **Europa Nostra, Fristen: 01. September 2006 (Kategorie 2), 15. September 2006 (Kateg. 1 und 3)**

Die in Den Haag ansässige europäische Organisation EUROPA NOSTRA erhält seit 2002 aus dem Programm Kultur 2000 Mittel für die Verleihung eines Europäischen Preises für die Erhaltung und Aufwertung des kulturellen Erbes in Europa. Der Preis wird in drei Kategorien verliehen für:

1. Herausragende Projekte aus den Bereichen architektonisches Kulturerbe, Kulturlandschaften, Sammlungen von Kunstwerken und archäologische Stätten
2. Eine herausragende Studie im Bereich Kulturerbe
3. Eine engagierte Dienstleistung einer Einzelperson oder Gruppe

Für den bisher zusätzlichen Restaurierungsfonds ist für 2006 keine Ausschreibung angekündigt.
Die Projekte und Studien müssen innerhalb der letzten drei Jahre (September 2003-September 2006) abgeschlossen worden sein. Neben Medaillen und Diplomen werden sechs Preise zu je 10 000 € und aus dem Restaurierungsfonds max. 20 000 € vergeben. Weitere Infos und Ausschreibungsunterlagen unter: http://www.europanostra.org/lang_en/index.html

- **Tempus III, Fristen: s.u.**

Das EU-Programm für Mobilität im Hochschulbereich stellt Finanzhilfen zur Weiterentwicklung und Umstrukturierung des Hochschulwesens in den beteiligten Partnerländern bereit. Im Wege des Programms werden multilaterale Kooperationsprojekte zwischen Hochschuleinrichtungen aus den EU-Mitgliedsstaaten und den Partnerländern gefördert, die sich zu sog. Projektkonsortien zusammenschließen. Für die drei Aktionsbereiche gelten folgende Fristen:

- Aktionsbereich 1 - Mobilität: 15.2., 15.6. und 15.10. eines jeden Jahres
- Aktionsbereich 2 - ergänzende Maßnahmen: 15.2. und 15.10. eines Jahres
- Aktionsbereich 3 - Gemeinsame europäische Projekte: 15.12. eines Jahres

Teilnahmeberechtigt sind Hochschulbildungseinrichtungen, NGO, Unternehmen, Projektträger aus Wirtschaft, Industrie sowie Einrichtungen der öffentlichen Hand. Weitere Informationen unter: http://ec.europa.eu/education/programmes/tempus/index_en.html. Antragsformulare und Leitfaden unter: http://ec.europa.eu/education/programmes/tempus/apply_en.html#1

- **Sokrates II – Erasmus, Fristen: Aktion 2: verschiedene Fristen, siehe eigene Universität**

Erasmus fördert die Zusammenarbeit der europäischen Hochschulen sowie der Mobilität von Studierenden und Dozenten. Teilnahmevoraussetzung für jede Hochschule ist die Unterzeichnung eines Erasmus-Universitätsvertrags (Erasmus University Charter - EUC), der die Prinzipien nach denen alle Erasmus Aktivitäten durchgeführt werden, festlegt. Erasmus hat zwei Aktionsbereiche:
Aktion 1 Entwicklung von Curricula und Intensivprogramme
Aktion 2 Mobilitätszuschüsse für Studierende und Dozenten
Programmstaaten sind alle 25 EU-Mitgliedstaaten, Island, Liechtenstein, Norwegen sowie Bulgarien, Rumänien und die Türkei. Alle Projekte sollen sich sowohl in das "Arbeitsprogramm zu den konkreten Zielen der Bildung und Ausbildung", das 2002 festgelegt wurde, als auch in die sich anschließende

Strategie des Lebenslangen Lernens einfügen. Alle transnationalen Aktivitäten des Programms sollten sowohl Valorisierungsmaßnahmen (Verbreitung von Projektergebnissen u.a.) als auch ein thematisches Monitoring vorsehen. Antragsberechtigt sind Behörden und Hochschulen. Für Erasmus stehen im Jahr 2005/2006 insgesamt 208.800.000 Euro zur Verfügung. Die Zuschüsse variieren nach dem jeweiligen Programmbereich. Weitere Informationen:
http://ec.europa.eu/education/programmes/socrates/erasmus/erasmus_en.html
http://ec.europa.eu/education/programmes/socrates/download_en.html

- **Erasmus Mundus 2007/2008, verschiedene Fristen**

Erasmus Mundus ist das Aktionsprogramm zur Verbesserung der Qualität der Hochschulbildung und Förderung des interkulturellen Verständnisses durch die Zusammenarbeit mit Drittstaaten. Das Programm umfasst vier Aktionen:
- Aktion 1 - Masterstudiengänge: 30.4.2006 für akadem. Jahr 2007/2008
- Aktion 2 - Stipendienprogramme: 28.2.2007 für akadem. Jahr 2007/2008
- Aktion 3 - Partnerschaften: 30.11.2006 für akadem. Jahr 2007/2008
- Aktion 4 - Verbesserung der Attraktivität: 31.6.2006, Aktivitäten müssen spätestens zwischen November und Dezember 2006 starten

Das Programm steht allen Fachrichtungen und Themenbereichen offen. Es werden primär Netzwerke von Hochschuleinrichtungen und anderen Organisationen gefördert. Natürliche Personen können keine Finanzhilfe beantragen. Stipendienanträge sind direkt an die betreffenden Erasmus-Mundus-Masterkonsortien zu richten. Die förderfähigen Antragsteller, Aktivitäten und sonstigen Konditionen im jeweiligen Aktionsbereich sind dem Text des Aufrufs zu entnehmen. Er ist erschienen unter: http://ec.europa.eu/education/programmes/mundus/index_en.html

- **Asia Link, Frist: 19.Oktober 2006**

Das Programm fördert die nachhaltige Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Institutionen der Hochschulbildung in Europa und Süd-/Südostasien sowie China. Asia-Link unterstützt drei Maßnahmentypen:
(a) Partnerschaften zwischen Hochschuleinrichtungen in Asien und Europa zur Entwicklung der Humanressourcen, Erarbeitung neuer Curricula und Verbesserung der Verwaltung in den Hochschuleinrichtungen
(b) Aufbau von Wissen und Fähigkeiten im Bereich Projektdesign und –management für Hochschulpersonal
(c) Unterstützungsmaßnahmen (Studien, Informationsverbreitung, Konsultation von stakeholdern, Netzwerkarbeit und Ergebnisverbreitung)

Antragsberechtigt sind Einrichtungen der Hochschulbildung, Netzwerke im Hochschulbereich, regionale Hochschuleinrichtungen. Es wird eine EU-Finanzhilfe zwischen 200.000 und 750.000 Euro gewährt, maximal jedoch 75% der förderfähigen Projektkosten. Weitere Infos unter: http://ec.europa.eu/comm/europeaid/projects/asia-link/index_en.htm.

- **2008 Jahr des Interkulturellen Dialogs, Frist: 13. Oktober 2006**

Die Europäische Kommission bittet Projektvorschläge im Rahmen des „Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs 2008". Dabei solle es sich um Ideen für Veranstaltungen, Informationskampagnen, Projekte, Partnerschaften, Erfahrungsaustausch, o.ä. auf nationaler oder Gemeinschaftsebene handeln. (EUROCITIES plant, ein Projekt zu beantragen.) Weitere Informationen:
http://ec.europa.eu/culture/eac/dialogue/call_idea_en.html

Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz

- **Analyse von Fragen im Zusammenhang mit den Aspekten soziale und demographische Lage sowie Familie, Frist: 15. September 2006**

Im Rahmen dieser Ausschreibung sollen Maßnahmen gefördert werden, die sich mit Trends und Themen zur sozialen und demographischen Lage in der EU befassen, wobei vor allem Projekte finanziell unterstützt werden, die auf bereits vorhandenen Forschungen und Sachverstand aufbauen und der Validierung der Ergebnisse dienen. Es werden daher vorrangig Konferenzen, Seminare, Workshops etc. gefördert, die die Ergebnisse der Forschung und der Diskussion zusammenfassen sollen, wobei sich diese mit den folgenden drei Schwerpunkten befassen müssen:

- Familien-/ Haushaltstrends und ihre Implikationen für die Politik
- Sozialkapital und sozialer Zusammenhalt in einer wissensbasierten Gesellschaft
- Übergänge im Leben und Lebenszyklus

Die Projektergebnisse sollen in den von der Kommission zu erstellenden Bericht zur sozialen und demographischen Lage in Europa einfließen. Antragsberechtigt sind NROs aus den 29 Mitgliedstaaten. Der EU-Zuschuss kann sich auf max. 80% der förderfähigen Projektkosten belaufen. Nähere Infos unter: http://ec.europa.eu/employment_social/calls/2006/vp_2006_013/call_de.pdf

Sonstige EU-Programme

- **Safer Internet Plus Programm (2005 –2008), Frist: 29.September 2006**

Das Förderprogramm unterstützt Maßnahmen für eine sichere Nutzung des Internet/neue Technologien bzw. Maßnahmen zur Bekämpfung schädlicher oder illegaler Inhalte in folgenden vier Aktionsbereichen:

(1) Kampf gegen illegale Inhalte, vor allem durch den Aufbau eines europäischen Netzwerkes von Hotlines, die über die Verbreitung illegaler Inhalte die für ihre Bekämpfung verantwortlichen Stellen informieren sollen.
(2) Bekämpfung unerwünschter und schädlicher Inhalte, z.B. durch Einrichtung technischer Systeme, wie z.B. Filtersysteme bzw. die Vergabe von Gütesiegel
(3) Förderung eines sicheren Umfelds
(4) Sensibilisierung für das Thema

Für die Aktionsbereiche Hotline und Sensibilisierung sind nur die in der Ausschreibung genannten Mitgliedsländer, in denen diese Maßnahmen noch nicht entwickelt sind, antragsberechtigt. Antragsteller können lokale und regionale Behörden, Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Nicht-Regierungs-Organisationen sein. Der Zuschuss der EU beträgt je nach Aktionsbereich und Maßnahentyp zwischen 50 und 100% der förderfähigen Gesamtkosten.
Der Beschluss zur Programm bzw. die Ausschreibung sind erschienen im Amtsblatt EG (L) 149 vom 11.Juni 2005 bzw. im Amtsblatt EG (C) 167 vom 19.07.2006.

- **eContent Plus –Erleichterung des Zugangs zu digitalen Inhalten sowie ihrer Nutzung und Verwertung in Europa (2005 –2008)- Ausschreibung für indirekte Maßnahmen, Frist: 19. Oktober 2006**

Mit der Ausschreibung werden sog. indirekte Aktionen und Begleitmaßnahmen in drei Aktionsbereichen finanziell unterstützt:

A. Erleichterung des Zugangs zu digitalen Inhalten sowie ihrer Nutzung und Verwertung auf Gemeischaftsebene (Aufbau von transnationalen Netzen mit dem Ziel, neue Dienste vor allem im öffentlichen Sektor, Erfassung räumlicher Daten sowie didaktischer und kultureller Inhalte zu entwickeln)
B. Verbesserung der Qualität und Förderung bewährter Praktiken im Zusammenhang mit digitalen Inhalten bei Anbietern und Nutzern (Projekte, die der Auffindbarkeit, der Nutzbarkeit, Wiederverwendbarkeit, Kombinierbarkeit und Interoperabilität digitaler Inhalten dienen)
C. Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Akteuren im Bereich der digitalen Inhalte und Sensibilisierung (Studien, Konferenzen, Seminare, Informationskampagnen)

Antragsberechtigt sind Öffentliche Verwaltungen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen aus den 25 EU-Mitgliedstaaten sowie aus Bulgarien, Rumänien, Kroatien, Türkei und Mazedonien, soweit diese Staaten ein entsprechendes bilaterales Abkommen mit der Kommission für dieses Programm abgeschlossen haben. Der EU-Zuschuss für die indirekten Aktionen (Maßnahmen) in den Aktionsbereichen A und B kann bis zu 50% der Projektkosten betragen. Weitere Informationen: http://ec.europa.eu/information_society/activities/econtentplus/calls/proposals/index_en.htm und www.europa.eu.int/econtentplus Die Ausschreibung ist erschienen im Amtsblatt EG (C) 172 vom 25.07.2006.

- **MEDIA PLUS - Programm zur Unterstützung der europäischen audiovisuellen Industrie (2001- 2006) – Frist: 3.November 2006**

Die Ausschreibung fördert den Vertrieb, hier insbesondere die Fernsehausstrahlung europäischer audiovisueller Werke durch die Zusammenarbeit von Fernsehanstalten und unabhängigen Verleihunternehmen und Produzenten unterstützt werden. Antragsberechtigt sind unabhängige europäische Produktionsgesellschaften aus den 25 EU-Mitgliedstaaten, den EFTA-Ländern und dem Kandidatenland Bulgarien. Der EU-Zuschuss beläuft sich auf maximal 500. 000,-€ pro Werk, wobei der Zuschuss nicht 12,5% des vom Hersteller vorgelegten Produktionsbudgets bei einem Spiel- und Trickfilm bzw. 20% bei einem Dokumentarfilm übersteigen darf. Antragsfrist: 3.November 2006

Programmvorschau

- **LLL (lebenslanges Lernen) statt Sokrates**

Erste Ausschreibungen für das Programm "Lebenslanges Lernen" werden ab November 2006 erwartet. Entgegen der vergangenen Verfahren wird es diesmal voraussichtlich nur eine Ausschreibungsrunde geben. Am 6./7. Mai 2007 ist nach Auskunft der DG Bildung und Kultur der Kommission eine Veranstaltung zum Start der Programme in Berlin geplant. Die Mittelausstattung wird sich auf 6,2 Mrd. EUR belaufen. Das Programm „Lebenslanges Lernen“ besteht aus den vier bekannten Programmen

- COMENIUS (für die schulische Bildung),
- ERASMUS (für die Hochschulbildung, wobei auch Projekte darunter fallen, die früher in den Bereich LEONARDO gehört hätten),
- LEONARDO (für die berufliche Aus- und Weiterbildung) und
- GRUNDTVIG (für die Erwachsenenbildung.

(Der Name SOKRATES verschwindet ab 2007 vollständig aus dem Programm.)

Neben diesen o. g. klassischen vier Programmen sind eine Reihe von Querschnittsprogrammen sowie das Programm JEAN MONNET mit Ausrichtung auf europäische Integration geplant.

Bei den Querschnittsprogrammen, bei denen u.a. ARION und EURYDICE weiter bestehen bleiben, stehen folgende Themen im Vordergrund:

- strategische Zusammenarbeit und Innovation (policy development)

- Förderung des Sprachenlernens (languages)
- Entwicklung innovativer IKT-basierter Inhalte, Dienste, Didaktik und Praxis für lebenslanges Lernen (ICT)
- Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse von im Rahmen des Programms und der entsprechenden Vorgängerprogramme geförderten Aktionen sowie Austausch bewährter Praxis (Dissemination)

Das Programm Jean Monnet umfasst folgende drei Schwerpunkte:
- die Aktion Jean Monnet
- Betriebskostenzuschüsse zur Unterstützung bestimmter Einrichtungen, die sich mit fragen europäischer Integration befassen.
- Betriebskostenzuschüsse zur Unterstützung anderer europäischer Einrichtungen und Vereinigungen im Bildungs- und Berufsbildungsbereich.

Im Vordergrund stehen die Ziele von Lissabon und die Förderung von Mobilität – vor allem von Auszubildenden, interregionale Zusammenarbeit durch grenzüberschreitende Mobilität und Austausch von bewährten Praktiken.

In dem geänderten Vorschlag für einen Beschluss über ein integriertes Aktionsprogramm im Bereich des lebenslangen Lernen (KOM (2006) 236 endg. vom 24.05.2006) findet sich (besonders auf den Seiten 65-67) eine gute Aufstellung über die geplanten Bildungsprogramme für 2007-2013. http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2006/com2006_0236de01.pdf. Aktualisierte Details finden sich im überarbeiteten Entwurf der Begründung des Rates vom 19. Juli 2006. http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/06/st06/st06237-ad01re01.de06.pdf#search=%22%226237%2F06%20ADD%201%20REV%201%22%22

Die Kultusministerkonferenz (KMK) erwartet für das Jahr 2007 folgende Ausschreibungs- und Antragstermine für COMENIUS:

	Günstiges Zeitszenario (Beschluss November 2006)	Ungünstiges Zeitszenario (Beschluss Januar 2007)
Vorankündigung der Ausschreibung (Call for Proposal)	voraussichtlich 15.10.2006 (eventuell mit näheren Informationen zum Leitfaden und den Antragsformularen)	
Veröffentlichung der Ausschreibung im EU-Amtsblatt	28.2.2007	30.4.2007
Antragstermin COMENIUS Schulpartnerschaften	15.3.2007	15.5.2007
Projektbeginn COMENIUS Schulpartnerschaften	1.9.2007	1.11.2007

http://www.kmk.org/pad/sokrates2/index.htm

- **Kultur 2007**

Das Programm KULTUR 2000 läuft Ende 2006 aus. Der Nachfolger KULTUR 2007 wird zurzeit in den Gremien der EU beraten. Vor dem 14.11.2006 ist nicht mit einer Entscheidung über das neue Rahmenprogramm zu rechnen. Diese Verspätung ist zum einen dem zähen Verhandlungsprozess zwischen

den Mitgliedstaaten um die finanzielle Ausstattung des EU-Haushalts für die Jahre 2007 bis 2013, zum anderen Verhandlungen um Details in der Ausgestaltung des KULTUR-Programms selbst geschuldet. Laut gemeinsamem Standpunkt vom 18. Juli 2006 soll das Programm Kultur 2007 zur Verwirklichung eines gemeinsamen europäischen Kulturraums durch den Ausbau der kulturellen Zusammenarbeit in Europa beitragen. Für die Finanzierung sind 354 Mio EUR vorgesehen. Als mögliche Akteure werden nicht nur Kulturschaffende, Kulturakteure und kulturellen Einrichtungen genannt, sondern auch kleine Kulturbetriebe, sofern sie keine audio-visuellen Produkte herstellen. Die Ziele des Programms sind:

a) Unterstützung der grenzüberschreitenden Mobilität von Menschen, die im Kultursektor arbeiten;
b) Unterstützung der internationalen Verbreitung von künstlerischen und kulturellen Werken und Erzeugnissen;
c) Förderung des interkulturellen Dialogs.

Es wird drei Aktionsbereiche geben:

- Aktionsbereich 1 (Unterstützung von Projekten): mehrjährige Kooperationsprojekte, Kooperationsaktionen und besondere Aktionen
- Aktionsbereich 2 (Unterstützung von Einrichtungen)
- Aktionsbereich 3 (Analyse und Information)

Ausschreibungstermine sind noch nicht bekannt. Die Generaldirektion Bildung und Kultur (GD EAC) der Europäischen Kommission hat am 09.06.2006 in Wien bei einem Meeting der nationalen Agenturen (Cultural contact points - CCP) bekannt gegeben, dass die erste Ausschreibung des neuen Programms möglicherweise erst Anfang des nächsten Jahres erscheint. Der Terminplan könnte damit wie folgt aussehen:

Herbst 2006: ggf. Vorankündigung der Ausschreibung
Februar 2007: erste Ausschreibung des KULTUR-Programms für 2007
April 2007: Einreichfrist
September/Oktober 2007: Benachrichtigung der Antragsteller
Oktober 2007: frühestmöglicher Zeitpunkt für den Projektbeginn in 2007

(Bitte beachten Sie, dass diese Angaben nur der Orientierung dienen; sie sind - solange sie nicht von der GD EAC offiziell bestätigt werden - unverbindlich!) Weitere Infos: http://www.ccp-deutschland.de/ccp-foerder.htm

- **„Jugend in Aktion" 2007-2013**

Der Nachfolger des Programms Jugend für Europa heißt Jugend in Aktion und wird zurzeit in den Gremien der EU beraten. Vor dem 14.11.2006 ist nicht mit einer Entscheidung über das neue Rahmenprogramm zu rechnen. Das Programm wird in fünf Aktionen unterteilt:
Aktion 1: Jugend für Europa
Aktion 2: Europäischer Freiwilligendienst
Aktion 3: Jugend für die Welt
Aktion 4: Sozialpädagogische Betreuer
Aktion 5: Unterstützung politischer Zusammenarbeit

Mit diesem Vorschlag für ein Programm JUGEND IN AKTION (2007-2013) will die Kommission das laufende Programm JUGEND 2000-2006 und das Programm zur Förderung von auf europäischer Ebene im Jugendbereich tätigen Einrichtungen (2004-2006) fortsetzen. Ziel des Programms JUGEND IN AKTION ist es, bei den jungen Menschen ein Gefühl der Zugehörigkeit zu Europa zu entwickeln, indem sie als aktive Bürger in das gesellschaftliche Leben eingebunden werden. Außerdem soll das Programm einen Beitrag zur Bildung junger Menschen im weitesten Sinne leisten und die Solidarität und das gegenseitige Verständnis fördern. Überdies knüpft das Programm an die Ziele des Lissabon-Prozesses an. Die allgemeinen Zielsetzungen des Programms lauten:

- Förderung der aktiven Bürgerschaft junger Menschen;
- Entwicklung der Solidarität junger Menschen;
- Förderung des gegenseitigen Verständnisses der Völker durch die jungen Menschen;
- Unterstützung der Aktivitäten junger Menschen und der Entwicklung der Kompetenzen der Organisationen der Zivilgesellschaft im Jugendbereich;
- Förderung der europäischen Zusammenarbeit in der Jugendpolitik.

Mehr Information: http://www.jugendpolitikineuropa.de/nach2006/

- **Bürger/innen für Europa**

Das Nachfolgeprogramm für den Zeitraum 2007-2013 im Bereich der aktiven europäischen Bürgerschaft heißt Bürger/innen für Europa. Es wird aus drei Aktionen bestehen, die dazu dienen sollen, die Teilnahme am Aufbau Europas zu verbessern.

- Aktion I "Aktive Bürger/innen für Europa":
  Aktivitäten, die den direkten Austausch zwischen europäischen Bürgerinnen und Bürgern zum Inhalt haben oder fördern, entweder im Bereich Städtepartnerschaften oder Bürgerprojekte und flankierende Maßnahmen.
- Aktion II "Aktive Zivilgesellschaft in Europa":
  Strukturförderung für Einrichtungen, die neue Ideen und Überlegungen zu europäischen Themen beisteuern oder Unterstützung von transnationalen Projekten.
- Aktion III "Gemeinsam für Europa":
  Veranstaltungen mit großer Öffentlichkeitswirkung, Studien oder Informations- und Verbreitungsinstrumente, die europäischen Bürgerinnen und Bürger ansprechen.

Weitere Information:
http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/activecitizenship/new_programme/new_programme06042005_de.pdf

Die zweite Lesung im EP ist für den 14.11.2006 angekündigt. Wann die abschließende Beschlussfassung im Rat erfolgt, ist bisher nicht bekannt.

- **EU-Förderung für Beitrittskandidaten: IPA ersetzt Phare, Ispa, Sapard, Cards**

Nach der Vollendung der EU-Osterweiterung besteht Bedarf für ein neues Finanzinstrument, das Staaten bei der Heranführung an den EU-Beitritt helfen soll. Mit dem so genannten IPA (Instrument for Pre-accession Assistance), einem einheitlichen Finanzierungsinstrument, werden die Außenhilfen der EU während des Heranführungszeitraums vereinfacht. IPA wird ab Januar 2007 an die Stelle der bisherigen fünf Instrumente (PHARE, ISPA, SAPARD, Heranführungsinstrument Türkei und CARDS) treten. Unter das neue Instrument fallen EU-Heranführungsmaßnahmen sowohl für die Beitrittskandidaten als auch für weitere potenzielle Anwärter. Insgesamt beläuft sich der IPA-Finanzrahmen für den Haushaltszeitraum 2007-2013 auf 11.468 Milliarden Euro. Die Hilfen sollen dazu beitragen, die demokratische Staatsführung und Rechtsstaatlichkeit zu festigen, die öffentliche Verwaltung zu reformieren, Wirtschaftsreformen in Angriff zu nehmen und die Menschen- und Minderheitenrechte zu wahren. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter: http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/06/1004&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en

Aus- und Weiterbildung

- **Noch freie Plätze für VAk-Fortbildungsseminar zu den EU-Strukturfonds am 6./7.12.06**

Ziel der Veranstaltung (ZfV/4-51001) ist die Vermittlung von Informationen über die Europäischen Strukturfonds (Schwerpunkt Europäischer Fonds für regionale Entwicklung – EFRE, aber auch geeignet für Mitarbeitende mit ESF-Hintergrund), die Sensibilisierung für Umsetzungsprobleme, die Erörterung von Fragen der EU-Finanzkontrolle sowie die Darstellung neuer Regelungen in der Förderperiode 2007 - 2013. Meldeschluss ist der 02.10.2006, Anmeldung: Frau Anke Rehak, Tel.: 9021-4664 oder http://www.berlin.de/verwaltungsakademie

- **Neuauflage von „Stage Europe – Praktika bei den EU-Institutionen"**

Der in Kürze in überarbeiteter und erweiterter Auflage erscheinende Wegweiser „Stage Europe - Praktika bei den EU-Institutionen" von Europa-Kontakt informiert kompakt und übersichtlich auf rund 200 Seiten über alle Einrichtungen der Gemeinschaft, die derzeit Praktikanten aufnehmen. Dazu werden jeweils die wichtigsten Bewerbungsvoraussetzungen, -wege und -fristen sowie die Ansprechpartner genannt, die Interessenten weiterhelfen können. Die Publikation soll vor allem jungen Leuten, die ihren beruflichen Blick gen Brüssel richten, eine Hilfe sein, sich um ein Europa-Praktikum zu bewerben. Der Einführungspreis bis 15.11. beträgt 26,- €. Beziehbar online unter: http://www.europa-kontakt.de

- **emcra-Kompaktseminar mit Schwerpunkt auf der EU-Förderung ab 2007**

Die neue Förderperiode der EU 2007 bis 2013 steht vor der Tür. Was dies praktisch für die Beantragung von europäischen Fördermitteln bedeutet, will das Tagesseminar „Einführung in den EU-Förderdschungel" von emcra am 15. September 2006 im Internationalen Handelszentrum Berlin, Friedrichstr. 95, 10117 Berlin vermitteln. Die Teilnahmegebühr beträgt 245,00 € (exkl. 16% MwSt). Fragen zum Seminar und weitere Informationen unter http://www.emcra.com oder info@emcra.com bzw. 030/3180 1330.

- **Qualifizierung zum EU-Fundraiser ab Oktober 2006 in Berlin**

Emcra bietet eine zehnmonatige berufsbegleitende Qualifizierung inkl. individueller Fördermittelberatung an. Sie entwickeln während der Weiterbildung Ihre EU-Anträge mit Praktikern von der Idee bis zur Einreichung. Die Kosten für die Weiterbildung betragen 5.450 € (ohne MwSt; die Weiterbildung wurde vom Berliner Senat von der Mehrwertsteuer befreit). Wenn Sie bereits an eines unserer Einführungsseminare teilgenommen haben, so werden Ihnen diese Kosten auf die Weiterbildungskosten angerechnet. Fragen zur Weiterbildung und weitere Informationen unter www.emcra.com oder info@emcra.com bzw. 030/3180 1330.

- **„Europa vor Ort" - Bildungsreise zu den Institutionen der Europäischen Union**

Auch in diesem Jahr organisiert die Deutsche Gesellschaft e.V. wieder eine Bildungsreise zu den Institutionen der Europäischen Union. Gemäß dem Motto „Europa vor Ort" geht es in der Zeit vom 02.10.2006 –05.10.2006 nach Luxemburg und Brüssel. Auf dem Programm stehen u. a. Besuche bei der Europäischen Kommission, dem Rat der Europäischen Union, dem Europäischen Parlament sowie dem Europäischen Gerichtshof. Die Reise wurde von der Senatsverwaltung als Bildungsveranstaltung anerkannt. Weitere Informationen: Dr. Marco Michel, Leiter Europapolitische Bildung beim Europäischen Informationszentrum/ Deutsche Gesellschaft e.V., Tel.: 030 / 88 412 252, Fax: 030 / 88 412 223, marco.michel@deutsche-gesellschaft-ev.de

- **Neues Akademisches Jahr der European Online Academy startet**

Die European Online Academy bietet jungen Berufstätigen mit qualifizierter Ausbildung und Graduierten bzw. Doktoranden ein postgraduales und beruflich weiterbildendes Online-Studium zu Europäischer Integration. Die Studienmaterialien werden online zur Verfügung gestellt, darüber hinaus finden aber auch vier Präsenzveranstaltungen in Berlin, Prag, Brüssel und Wien statt. Das neue akademische Jahr 2006/2007 der European Online Academy startet am 15.10.2006. Bewerbungen sind noch bis zum 15.09.2006 möglich. Informationen über die European Online Academy, ihre Ziele und Konzepte, das Curriculum 2006/2007 sowie die Bewerbungsunterlagen finden Sie im Internet unter http://www.eu-online-academy.org

- **Studienbesuch zum Aufbau von Kooperationen mit Nordirland im Bereich Berufsbildung**

Vom 22.-28. Oktober 2006 führt die Gesellschaft für Europabildung ein Kontakt-Seminar für zehn Akteure der beruflichen Aus- und Weiterbildung aus Berlin / Brandenburg in Belfast durch. Berufsschullehrer, Ausbilder, Arbeitsvermittler und Berufsberater sollen sich einen Überblick über das angesichts sinkender Arbeitslosenzahlen erfolgreiche Ausbildungssystem und den im Vergleich zu Deutschland entspannteren Arbeitsmarkt in Nordirland verschaffen. Das Seminar soll auch dem Erfahrungsaustausch und vor allem der Vorbereitung für ein geplantes Mobilitätsprojekt mit jungen Arbeitnehmern und jungen Arbeitslosen aus handwerklichen Berufen im Rahmen des EU-Programms Leonardo dienen, die ein EU-Stipendium für ein viermonatiges Auslandspraktikum in Belfast erhalten können. Die Seminarsprache ist Englisch! Der Teilnahmebeitrag beläuft sich auf 380,- €. Weitere Informationen über das Programm und das Anmeldeformular sind erhältlich unter www.europabildung.org (projects, Expertenaustausch). Kontakt: Iwona von Polentz, iwona.vonpolentz@europabildung.org, Tel: 420 86 306

Europa in Berlin

- **Aktion Europa fördert europapolitische Informations- und Öffentlichkeitsarbeit**

Die Bundesregierung, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament haben sich im Rahmen der "Aktion Europa" zum Ziel gesetzt, die europapolitische Öffentlichkeits- und Informationsarbeit in Deutschland zu verstärken. Dazu können Akteure der Zivilgesellschaft Projektvorschläge zur Ko-Finanzierung einreichen, deren Ziel es ist, über die Europäische Union und insbesondere über deren wichtigste Aufgaben, wie z. B. die Stärkung von Wachstum und Beschäftigung, zu informieren. Projekte können mit einer Zuwendung pro Antrag zwischen 60.000 und max. 85.000 Euro gefördert werden. Dieser Betrag deckt dabei 80 Prozent der förderungsfähigen Kosten eines jeden Projekts. Informationen und Antragsformulare unter: http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Artikel/2006/03/2006-03-13-aktion-europa.html

- **„Goldener Griffel" - Schülerzeitungswettbewerb der Europabeauftragten gestartet**

Bis zum 30. November 2006 können sich Redaktionen der Klassenstufe 11 bis 13 für den „Goldenen Griffel" bewerben. Gesucht werden Artikel zum Thema „Was erwarten Jugendliche von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007?". Für die Preise 1.-3. sind 800,- € sowie weitere Sachpreise vorgesehen. Die Beiträge sind einzureichen bei: Junge Presse Berlin e.V. – Stichwort „Schülerzeitungswettbewerb", Grolmannstr. 52, 10623 Berlin. Unterlagen und weitere Informationen unter http://www.schuelerzeitung.de und http://www.senbjs.berlin.de/schule/schuelerwettbewerbe/thema_schuelerwettbewerbe.asp

Projekt des Monats:
„ProPolska“

Der Blick der EU richtet sich nach Osten. Durch den Beitritt der ersten osteuropäischen Länder zur Europäischen Union ergeben sich auch neue Chancen für Berlin, denn die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Berlin und Polen werden künftig noch enger sein. Diese Entwicklung bringt neue Herausforderungen mit sich.

Daher setzt sich das Projekt „ProPolska“ seit dem 1. September 2002 zum Ziel, im Bereich der kaufmännischen Berufsausbildung darauf eine zeitgemäße Antwort zu geben. Der Ausbildungsberuf zum Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation eignet sich in besonderer Weise zur Bewältigung von Verständnisproblemen, weil der Aspekt der Kommunikation in der Ausbildung eine zentrale Rolle spielt.

Das Oberstufenzentrum für Bürowirtschaft und Verwaltung in Berlin-Steglitz bietet demzufolge deutschen und polnischen Unternehmen in der Stadt, sowie allen öffentlichen Einrichtungen eine besondere Form des Berufsschulunterrichts an. Wirtschaftspolnisch wird im Rahmen des ProPolska-Projektes als 1. Fremdsprache vermittelt. Das komplette vierte Ausbildungshalbjahr wird in einem Partnerunternehmen in Polen absolviert. Dadurch wird die berufsspezifische Qualifikation der Auszubildenden erweitert, ihre kommunikative Kompetenz verbessert und es erschließen sich bessere Berufschancen auf den rasch expandierenden neuen Märkten. Oft beklagte Kommunikationsprobleme mit polnischen Geschäftspartnern können so gelöst werden. Dieses bringt Vorteile für die ausbildenden Unternehmen und beide Partner können vom Abbau sprachlicher Barrieren profitieren.

Ausbildungsbetriebe, deren Auszubildende am ProPolska-Projekt teilnehmen, haben in der Regel, auch wenn nur vereinzelt, Kontakte nach Polen. Im Ausbildungsvertrag vereinbart der Betrieb mit dem Auszubildenden die Teilnahme am Wirtschaftspolnisch-Unterricht in der Berufsschule und an einem bis zu sechsmonatigen Außenpraktikum in Polen. Die Zuschüsse für die in Polen entstehenden Kosten werden aus dem Leonardo Da Vinci-Programm bereitgestellt. Der Aufenthalt in Polen wird vom Ausbildungsbetrieb in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Leitern des ProPolska-Projektes der Berufsschule koordiniert.

Zur Vorbereitung des halbjährigen Auslandsaufenthaltes besuchen die Auszubildenden mit ihren Fachlehrern im ersten oder am Anfang des zweiten Ausbildungsjahres die Region in Polen, in der sich die Praktikumsstelle befindet, um sich so mit den landeskundlichen Besonderheiten und dem polnischen Partnerbetrieb vertraut zu machen. Als regionaler Schwerpunkt der praxisorientierten Ausbildung in Polen ist für das Jahr 2007 Posen vorgesehen.

Während der ersten drei Halbjahre erhalten die Auszubildenden intensiven Wirtschaftspolnisch-Unterricht. Das vier- bis sechsmonatige Außenpraktikum im vierten Halbjahr dient der Vertiefung der kaufmännischen, sprachlichen und kulturellen Kenntnisse in Polen. Themen, wie die Landeskunde Polens und die deutsch-polnische Geschichte, sind auch Bestandteile des Unterrichts.

Der Unterrichtsstoff, der in den Regelklassen sonst in sechs Halbjahren gelehrt wird, wird kompakt in fünf Halbjahren vermittelt. Am Ende des fünften Halbjahres erfolgt die Prüfung der erworbenen Kenntnisse in Wirtschaftspolnisch entsprechend der Rahmenvereinbarung der Kultusministerkonferenz zur Zertifizierung von Fremdsprachenkenntnissen in der Berufsschule.

Die Betreuer der Auszubildenden aus den polnischen Partnerbetrieben werden im ersten Ausbildungsjahr nach Berlin eingeladen und mit dem System der dualen Berufsausbildung vertraut ge-

macht. Die gegenseitigen Besuche ermöglichen das frühzeitige persönliche Kennen lernen und die bessere inhaltliche Abstimmung. Die Betreuung in Berlin erfolgt durch den Ausbildungsbetrieb und das ProPolska-Team. Am Ende der dreijährigen Ausbildung erfolgt eine Abschlussevaluierung, um Erkenntnisse für die weitere Entwicklung des Programms zu gewinnen. Die Ergebnisse werden für die interessierte Öffentlichkeit publiziert.

Bisher haben sechs Auszubildende des Bezirksamtes Reinickendorf die Ausbildung zum Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation im Projekt ProPolska erfolgreich absolviert. Auch sie waren davon überzeugt, dass gerade das Praktikum in Polen eine sehr wichtige Rolle in der Ausbildung spielt und dementsprechend als Bereicherung angesehen werden kann.

Ansprechpartner:
Oberstufenzentrum Bürowirtschaft und Verwaltung, Herr Schnepel, Lippstädter Straße 9-11, 12207 Berlin, Tel. 030 90172-527, E-Mail: propolska@oszbueroverw.de
Bezirksamt Reinickendorf, Frau Kasokat-Bunar, Eichborndamm 215-239, 13437 Berlin, Tel. 030 90294-2022, E-Mail: ausbildung@ba-rdf.verwalt-berlin.de

- **Start des 54. Europäischen Wettbewerbs 2007**

Unter dem Motto „Chancengleichheit für alle“, das den Themenschwerpunkt der Europäischen Union für das Jahr 2007 aufgreift, startet der 54. Europäische Wettbewerb mit Beginn des neuen Schuljahres. In vier Altersgruppen regen bildnerische und schriftliche Themen dazu an, das Lernfeld „Europa“ im Unterricht zu behandeln. Dazu gehört z.B. die Frage, ob Männer und Frauen in Europa tatsächlich dieselben Chancen haben oder die Untersuchung eines Medienberichtes zum Thema Chancengleichheit. Die Ausschreibung ist jetzt im Internet unter http://www.europaeischer-wettbewerb.de veröffentlicht (auch als PDF-Datei zum Herunterladen). Weitere Informationen erhalten Sie über das Zentrum für Europäische Bildung in Bonn: Telefon: +49-228-7290064 ; E-Mail: achim.lipski@europaeische-bewegung.de ; Internet: http://www.z-e-b.de

- **Bundesweiter EU-Projekttag in den Schulen im Januar 2007**

In einem Gespräch der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten der Länder hat man Einigkeit darüber erzielt, am 22.1.2007 bundesweit einen EU-Projekttag in den Schulen durchzuführen. Mit dem EU-Projekttag soll eine Möglichkeit geschaffen werden, den Europagedanken bei Schülerinnen und Schülern zu stärken. Die Maßnahme ist eingebettet in die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr, zu deren Zielen es unter anderem gehört, der viel zitierten Europamüdigkeit entgegenzuwirken. Auch bildet der 50. Jahrestag der Römischen Verträge am 25.3.2007 einen passenden Aufhänger für die europapolitische Kommunikation. Bei der konkreten Gestaltung des EU-Projekttages haben die Schulen freie Hand. Der Berliner Senat hat dem Bundeskanzleramt eine Reihe konzeptioneller Vorschläge unterbreitet, wie ein EU-Projekttag mit Leben erfüllt werden könnte. Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) stellt unentgeltlich ein Informationspaket zur Verfügung und wird ein neues Themenblatt zur Ratspräsidentschaft herausgeben. Das Bundeskanzleramt wird im Lichte der Vorschläge aus den Ländern ein Konzept erarbeiten, das in den nächsten Wochen den Ländern zur Verfügung gestellt werden soll. Seitens des Bundeskanzleramtes ist ein Schulbesuch der Bundeskanzlerin geplant. Auch hierzu hat der Senat zwei Vorschläge übermittelt. Eine Entscheidung hierüber wurde jedoch noch nicht getroffen. Alle Schulen in Berlin sind schon jetzt gebeten, in die Planungen für das laufende Schuljahr den 22.1.2007 als EU-Projekttag aufzunehmen.

Bericht aus Brüssel

Aus dem Berliner Büro:

- **Bildungs-, Kultur- und Städtepartnerschaftsbereich mit neuer Ansprechpartnerin**

Am 15.08.2006 hat Frau Dorlies Radike-Thiel das Aufgabengebiet der Referentin für Bildung, Kultur und Städtepartnerschaft übernommen. Frau Radike-Thiel kommt aus der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Abteilung II Berufsausbildung. Sie ist unter folgender Adresse erreichbar: Büro des Landes Berlin bei der EU; 71, Av. Michel-Ange, B-1000 Brüssel; Tel: 00 32 2 738 00 83, Fax: 00 32 2 732 47 46; E-Mail: Dorlies.Radike-Thiel@SKZL.Verwalt-Berlin.de; Internet: http://www.berlin.de/eu

Weiteres vom Brüsseler Parkett:

- **Europäischer Forschungsrat bekommt deutschen Generalsekretär**

Prof. Ernst-Ludwig Winnacker, Vorsitzender der deutschen Forschungsgemeinschaft, wird von Januar 2007 bis Juni 2009 die Funktion des Generalsekretärs des Europäischen Forschungsrates innehaben. Seine Nachfolge von Juli 2009 bis Dezember 2011 wird Prof. Andreu Mas-Colell übernehmen. Der Europäische Forschungsrat (European Research Council – ERC) ist ein neues Element des 7. Forschungsrahmenprogramms. Die Agentur soll die europäische Grundlagenforschung fördern. Mit ersten Ausschreibungen wird im Frühjahr 2007 gerechnet.

- **Strukturfondsverordnungen veröffentlicht**

Am 31. Juli 2006 wurden die Verordnungen über die Strukturfonds (allgemeine Bestimmungen, EFRE, ESF, EVTZ) sowie den Kohäsionsfonds für die künftige Förderperiode 2007-2013 im Amtsblatt der Europäischen Union L 210/2006 veröffentlicht. Die derzeitige Förderperiode endet mit Ablauf des 31. Dezember 2006. Nach der Einigung über die Finanziellen Vorausschau 2007-2013, stehen nach aktuellen Berechnungen für Deutschland Mittel in Höhe von 23,36 Mrd. Euro zur Verfügung (netto, nach Transfers). Der Anteil Berlins an der Gesamtsumme beträgt insgesamt 1,071 Mrd. Euro. Derzeit wird die Gesamtstrategie Berlins für die Verwendung der ab 2007 zur Verfügung stehenden Mittel erarbeiten, die sich in die Gemeinschaftlichen Leitlinien der EU und den Nationalen Strategischen Rahmenplan der Bundesrepublik Deutschland einfügt.

- **EU-Gericht: Betroffene können nicht gegen UN-Vermögenssperre wegen vermuteter Unterstützung des Terrorismus klagen**

Das Europäische Gericht 1. Instanz (EuG) hat in einem Urteil vom 12. Juli seine Rechtsprechung bestätigt, der zufolge vom UN-Sicherheitsrat der Unterstützung des Terrorismus Verdächtigte keine direkte Klagemöglichkeit haben. Berlin hat den Vorsitz in einer Projektgruppe der Innenministerkonferenz übernommen, die sich im Rahmen der Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung auch mit dieser Rechtsschutzproblematik befasst. Die UN-Sanktionen in Form eines umfassenden Verbots, vermögenswerte Leistungen vorzunehmen, werden durch EU-Gesetz vollzogen. In Berlin waren aufgrund von Listen mit des Terrorismus verdächtigten Personen (neben der auf die UN zurückgehende Liste

gibt es auch eine von der EU selbst erstellte Liste) bereits Auszahlungen von Arbeitslosengeld und eine Grundbuchumschreibung an gelistete Personen gestoppt worden. Laut EuG könne die allgemein gegen Eingriffe durch die EU zulässige Klage der Betroffenen insoweit keinen Erfolg haben, als die EU zur Umsetzung der UN-Liste ohne deren Prüfung verpflichtet sei. Da das Völkerrecht eine Klage gegen die UN nicht vorsieht, könne ein Betroffener nur seinen Heimatstaat (der dem EuG zufolge häufig die Informationen für dessen Aufnahme in die Sanktionsliste geliefert haben wird) ersuchen, im UN-Sanktionsausschuss um eine Überprüfung zu bitten. Dies müsse der Mitgliedstaat, selbst wenn er den Betroffenen weiterhin der Unterstützung des Terrorismus verdächtigt, „loyal" tun; wie dieser Interessenkonflikt praktisch gelöst werden soll, legt das Urteil nicht dar. Das EuG hatte in einem anderen Verfahren auch einen Anspruch des Betroffenen auf Kenntnis der (geheimhaltungsbedürftigen) Informationen verweigert, die zu seiner Aufnahme in die Liste geführt hatten. Deshalb weist es in seinem neuen Urteil den Mitgliedstaat daraufhin, dass dieser die Weiterleitung des Überprüfungsantrages nicht wegen unzureichender Tatsachenangaben verweigern darf, da solche dem Verdächtigten ggf. kaum möglich sind. Der Berliner Senator für Inneres, Dr. Körting, hat den fehlenden Rechtsschutz gegen die UN-Liste bereits Ende letzten Jahres als Verletzung der Menschenwürde kritisiert. Ein Urteil des EuG zu möglichen Defiziten des Rechtsschutzes gegen die von der EU selbst erstellte Liste, deren Verdächtigte der EU nicht durch die UN namentlich vorgegeben werden und deren Bewertung daher anders ausfallen kann, wird noch für dieses Jahr erwartet.

- **EU-Kommission plant Maßnahmen gegen illegale Einwanderung**

Ende Juli stellte die EU-Kommission Planungen zur Eindämmung der illegalen Einwanderung in die EU vor (http://ec.europa.eu/justice_home/news/consulting_public/emn/news_contributions_emn_en.htm). Sie ergänzen ihre Vorhaben zur Förderung der Zuwanderung von Arbeitssuchenden, über die „Berlin in Europa in Berlin" bereits in Ausgabe 2/2006 berichtete. Die illegale Einwanderung soll einerseits durch Maßnahmen in den Ursprungsstaaten (meist in der Dritten Welt) eingedämmt werden; dazu gehören etwa die Fortführung der Entwicklungszusammenarbeit (hier werden keine konkreten neuen Ideen genannt) und der Einsatz von mindestens 3% der für diese Staaten bereitgestellten EU-Förderung für bessere Grenzüberwachung und Migrationssteuerung. Die Maßnahmen beziehen sich andererseits auf das EU-Gebiet selbst: Hier reichen sie u.a. vom Ausbau des Grenzschutzes (etwa durch die Einrichtung einer Datenbank für alle – auch nicht Visumpflichtige – ausländischen Einreisenden, wodurch die Kontrolle deren rechtzeitiger Ausreise ermöglicht werden soll) über eine Diskussion über EU-Regeln zur Masseneinbürgerung illegal Eingereister (deren Auswirkungen – wegen der Freizügigkeit – auf die anderen Mitgliedstaaten untersucht werden sollen) bis zu strengeren Pflichten für Arbeitgeber. Die Kommission bezeichnet illegale Beschäftigung auf dem Bau, im Gaststättengewerbe und in der Textilindustrie als „weit verbreitet" und „häufig durch organisierte kriminelle Netze vermittelt"; bei der Arbeit von Drittstaatsangehörigen in Privathaushalten komme es „häufig zu extremen Formen der Ausbeutung". Die Arbeitgeber könnten verpflichtet werden, sich für jeden von ihnen beschäftigten Ausländer durch die zuständigen Behörden dessen Aufenthalts- und Arbeitsbefugnis bestätigen zu lassen; bei Pflichtverstößen könnte EU-Recht für sie Sanktionen von der Übernahme der Abschiebekosten bis hin zum Ausschluss von öffentlichen Aufträgen vorsehen.

- **Open Days 2006 vom 09.-12. Oktober auch in Berlin**

Das Programm für die „Europäische Woche der Städte und Regionen", die vom 9. bis 12. Oktober in Brüssel und in 70 weiteren Städten in ganz Europa stattfinden wird, steht fest. . In diesem Jahr steht die von der Kommission (DG Regionalpolitik) und dem Ausschuss der Regionen organisierte Veranstaltung unter dem Thema „In Europas Regionen und Städte investieren: öffentliche und private Partner für Wachstum und Beschäftigung". Geplant sind 180 Seminare und Workshops, Ausstellungen und ein „Café der Investoren". Es wird im Rahmen der Open Days auch zwei Veranstaltungen in Berlin geben. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter **http://www.opendays.europa.eu** .

- **Jobmesse Mobil in Europa**

Mobil sein, sich beruflich weiterentwickeln, über Grenzen gehen – das ist die Botschaft der ersten europäischen Jobmesse der Europäischen Union am 28. und 29. September 2006. In allen 25 Mitgliedstaaten sowie in Island, Norwegen, Rumänien, Bulgarien und der Schweiz stehen kompakte Informationsangebote bereit, wie europäische Bürger eine Beschäftigung im Ausland aufnehmen können. Vladimir Spidla, EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit, hat einen Preis für Arbeitnehmermobilität 2006 ausgeschrieben. Vorschläge für Kandidaten können ab sofort unterbreitet werden. Die Preisträger werden im Dezember ausgezeichnet. Weitere Informationen: http://ec.europa.eu/eures/home.jsp?lang=de .

- **Öffentliches Auftragswesen: Leitlinien für die Vergabe von geringwertigen Aufträgen**

Die Europäische Kommission hat Leitlinien für die faire Vergabe von Aufträgen mit geringem Auftragswert durch die öffentliche Hand veröffentlicht. Sie enthalten Vorschläge, wie die öffentliche Hand im Einklang mit den Binnenmarktgrundsätzen der Transparenz und Diskriminierungsfreiheit handeln sollte. Die Vorschriften der Richtlinien zum öffentlichen Auftragswesen gelten für diese Aufträge nicht, da ihr Wert weniger als 211 000 Euro (Dienstleistungs- oder Lieferaufträge) bzw. weniger als 5 278 000 Euro (Bauaufträge) beträgt. Die Aufträge mit geringerem Volumen machen den Großteil der öffentlichen Aufträge in der EU aus.
http://ec.europa.eu/internal_market/publicprocurement/docs/keydocs/communication_de.pdf.
Weitere Informationen zum Thema Vergaberecht:
http://ec.europa.eu/internal_market/publicprocurement/key-docs_de.htm

- **Bedürfnisse von KMU verstehen: Kommissionsbeamte in die Produktion**

Im Rahmen des gestarteten Programms „Unternehmenserfahrung“ wird die EU-Kommission bis zum, Jahr 2009 insgesamt 350 höhere Beamte der Generaldirektion Unternehmen und Industrie (GD ENTR) für eine Woche zum Arbeiten in ein kleines oder mittleres Unternehmen (KMU) schicken. Ziel ist, Kommissionsbeamte zu einem besseren Verständnis der Bedürfnisse von KMU und zu einer besseren Einschätzung spezifischer Unternehmensprobleme zu verhelfen. Zusätzlich soll die Qualität der Rechtsvorschriften im Rahmen der Initiative für bessere Rechtsetzung verbessert werden.
Weitere Informationen bietet ein Memo (auf Englisch) im Internet unter:
http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/06/285&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en.

- **Eurobarometerumfrage Frühjahr 2006**

Die befragten Deutschen sehen mit großem Abstand die Arbeitslosigkeit als das Hauptproblem ihres Landes, wobei die meisten erwarten, dass durch weitere europäische Integration das Problem noch verschlimmert wird. Dennoch sieht fast jeder zweite Deutsche in der EU-Mitgliedschaft seines Landes einen Vorteil. Die Ostdeutschen sind europaweit mit Abstand am unzufriedensten mit der europäischen Demokratie und stehen auch der deutschen Demokratie eher kritisch gegenüber. In der Türkei ist der Prozentsatz der Befragten mit einem positiven Bild von der EU seit 2005 rapide zurückgegangen. Gesamteuropäisch zeigt die Umfrage leichte Verbesserungen bei einigen der wichtigsten Indikatoren für die Zustimmung zur Europäischen Union. Darüber hinaus besteht auch weiterhin breite Zustimmung zum Gedanken einer europäischen Verfassung. Einer zusätzlichen Erweiterung steht man gesamteuropäisch etwas skeptischer gegenüber, wobei in Deutschland die Bereitschaft sehr deutlich gesunken ist. Den vollständigen Eurobarometer-Bericht finden Sie hier: http://europa.eu.int/germany/pdf/EB65-2_Final_Draft.pdf

- **Aufruf zum Logo-Wettbewerb „50 Jahre Römische Verträge“**

Unter dem Motto „Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag, EU” hat die Europäische Kommission zusammen mit dem Europäischen Parlament, Rat, Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss und Ausschuss der Regionen einen Wettbewerb ausgerufen. Aus den 25 Mitgliedstaaten sowie Bulgarien und Rumänien sind Kunst- und Designstudenten und Designer, die ihren Studienabschluss im Jahr 2006 gemacht haben, aufgerufen, ein Geburtstagslogo zu entwerfen. Es wird das offizielle Symbol für den 50. Jahrestag des Vertrags von Rom im nächsten Jahr sein. Der Schlusstermin für den Wettbewerb ist der 30. September 2006. Anfragen zu Wettbewerb an info@logo-competition.eu. Weitere Informationen zur Kommissionsinitiative und den Regeln zum Wettbewerb gibt es im Internet unter http://www.logo-competition.eu/ und http://p19003.typo3server.info/fileadmin/content/downloads/rules/060704_Comp-Rules_de.pdf

- **2007 – „Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle“ – nationale Durchführungsstelle**

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist für die Umsetzung des Europäischen Jahrs in Deutschland verantwortlich. Die Bundesregierung will sich ausdrücklich des thematischen Schwerpunkts "Chancengerechtigkeit" und "gesellschaftliche Beteiligung für Kinder und Jugendliche" annehmen. Das europäische Jahr 2007 wird sich auf Formen der Diskriminierung konzentrieren, die auf Geschlecht, Rasse, ethnische Herkunft, Religion, Behinderung, Alter oder sexuelle Orientierung zurückgehen. Das Budget für alle Aktivitäten während dieser zwölf Monate ist mit 15 Millionen Euro veranschlagt. Die meisten Aktivitäten sollen auf nationaler Ebene koordiniert werden, um sie möglichst lokal zu verorten. Unter anderem soll eine EU-weite Informationskampagne und neue Eurobarometer-Umfragen zum Thema Diskriminierung finanziert werden. Ferner sind hunderte nationale Initiativen, wie Aufsatzwettbewerbe für Schulen zum Thema Respekt und Toleranz Es wird allerdings keine Aufrufe zur Einreichung von Projektvorschlägen geben, die zentral von Brüssel aus gefördert werden. Wer daran interessiert ist, selbst eine Veranstaltung zum Europäischen Jahr zu realisieren, sollte sich mit der nationalen Durchführungsstelle in Verbindung setzen. Weitere Informationen: http://ec.europa.eu/employment_social/equality2007/index_de.htm

- **Kommission hat Halbzeitprüfung ihres Arbeitsprogramms 2006 angenommen**

Die Mitteilung legt die wichtigsten Erfolge der Kommission in den ersten acht Monaten 2006 dar und bestätigt die politischen Prioritäten für die zweite Jahreshälfte. Die Mitteilung beleuchtet etwa die Vorschläge zur Umsetzung der Vereinbarung über die neue siebenjährige Finanzielle Vorausschau, die überarbeiteten Dienstleistungs- und REACH-Richtlinien, die Wachstums- und Beschäftigungsagenda sowie die Prioritäten für die Bekämpfung der illegalen Einwanderung und das überarbeitete Haager Aktionsplan. http://ec.europa.eu/atwork/programmes/index_de.htm

Termine

Hinweis:
Weitere EU-Termine finden Sie im Veranstaltungskalender der Senatskanzlei unter http://www.berlin.de/Europakalender.
Nutzen Sie dieses Angebot auch für Ihre Terminankündigungen.

- **04. September 2006, 18.30 Uhr, Berlin**

„Norwegen - Nachbar der Europäischen Union“
Die Heinz Schwarzkopf Stiftung Junges Europa lädt zum Vortrag des Norwegischen Botschafters S.E. Björn Tore Godal ein. Veranstalter: Heinz Schwarzkopf Stiftung Junges Europa Veranstaltungsort:

Königlich Norwegische Botschaft, Rauchstr. 1, 10787 Berlin. Weitere Informationen: www.heinz-schwarzkopf-stiftung.de, info@heinz-schwarzkopf-stiftung.de

- **05. September 2006, 14.00 - 15.30 Uhr, Berlin**

„Arbeiten in Europa - für Interessierte ab 18 Jahren"
Jeden Dienstag geben Fachleute des Europaservice Berlin im BIZ Mitte einen Überblick über Arbeitsmöglichkeiten und entsprechende Voraussetzungen im europäischen Ausland. Eine Anmeldung ist nicht notwendig. Veranstalter: Europaservice Berlin, BIZ Mitte. Veranstaltungsort: Berufsinformationszentrum (BIZ), Friedrichstr. 39, 10969 Berlin. Weitere Informationen: www.europaserviceba.de

- **06. September 2006, 14.00 - 18.30 Uhr, Berlin**

„Republik Moldau – 15 Jahre der Unabhängigkeit"
Am 27. August 2006 wird die Republik Moldau das 15. Jubiläum ihrer Unabhängigkeit feiern. Schwerpunkte dieser Tagung werden die politischen, ökonomischen und kulturellen Entwicklungen in der Republik Moldau seit 1991 sein. Politiker und Experten werden die bis jetzt erzielten Ergebnisse sowie die zukünftigen Perspektiven des Landes vorstellen und insbesondere Aspekte der Außenpolitik, der europäischen Integration, des Transnistrienkonfliktes, der aktuellen Wirtschaftsentwicklung und der moldauisch-deutschen Beziehungen diskutieren. Veranstalter: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. in Kooperation mit der Botschaft der Republik Moldau und der Südosteuropa Gesellschaft. Veranstaltungsort: Berliner Rathaus, Louise Schroeder Saal, Raum 337, Rathausstr. 15, 10178 Berlin. Anmeldung erbeten, Konferenzsprache: Deutsch ohne Übersetzung. Weitere Informationen: www.dgo-online.org

- **06. September 2006, 16.00 - 18.00 Uhr, Berlin**

„Bürgersprechstunde Europa"
Ergänzend zu der Möglichkeit von rechtlichen Auskünften bei der Eurojus-Bürgerberaterin Claudia Keller (Tel. 2280-2450 (nur freitags), E-mail: eu-de-buergerberater@cec.eu.int), bietet der Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin immer mittwochs Interessierten die Möglichkeit, ihre Fragen rund um Europa persönlich zu stellen. Veranstalter: Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland. Veranstaltungsort: Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, Unter den Linden 78, 10117 Berlin. Anmeldung erforderlich unter: Tel.: +49 30 / 2280 2110 (Frau Claudia Mix)

- **06. September 2006, 17.00 Uhr, Berlin**

„Erweiterungspolitik und innere Sicherheit in der Europäischen Union"
Podiumsdiskussion mit Vasile Blaga, Minister für Verwaltung und Inneres von Rumänien und Peter Altmaier, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern. Veranstalter: Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, Botschaft von Rumänien. Veranstaltungsort: Europäisches Haus, Unter den Linden 78, 10117 Berlin. Die Diskussion wird Deutsch-Rumänisch simultan übersetzt. Anmeldung erbeten unter: COMM-BER-STAG08@ec.europa.eu

- **07. September 2006, 08.00 Uhr, Berlin**

„EU-Briefing der Bundesregierung, der Europäischen Kommission und der finnischen EU-Ratspräsidentschaft"
Podiumsdiskussion mit Claudia Dörr, Abteilungsleiterin Europa, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Dr. Gerhard Sabathil, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission, Tuula Svinhufvud, Gesandte, Stellvertreterin des Botschafters sowie Peter Tempel Abteilungsleiter Europa, Auswärtiges Amt (angefragt).

Finnland setzt in der Ratspräsidentschaft vier Schwerpunkte der Arbeit: die Zukunft der EU, Wettbewerbsfähigkeit, Außenbeziehungen und Zusammenarbeit in der Justiz- und Innenpolitik. Aus der Diskussion zwischen den institutionellen Vertretern und den Interessengruppen lassen sich mögliche Prognosen für den kommenden EU-Gipfel im Dezember 2006 und die Präsidentschaft ableiten. Veranstalter: Netzwerk Europäische Bewegung. Veranstaltungsort: Finnische Botschaft, Rauchstr. 1,

10785 Berlin. Teilnahme nur auf Einladung! Weitere Informationen: www.europaeische-bewegung.de , e-Mail: florian.strasser@europaeische-bewegung.de

- **07. September 2006, 16.00 bis 18.00 Uhr, Berlin**

„Parlamentarisches Forum Europas Verfassung"
Tagung des „Parlamentarischen Forums Europas Verfassung (PFEV)" auf Einladung von Rainder Steenblock, MdB und Diskussion mit der ehemaligen EU-Kommissarin Michaele Schreyer und Peter Becker , Stiftung Politik und Wirtschaft über die Reform der EU-Finanzen. Veranstalter: Europa-Union Deutschland. Veranstaltungsort: Paul-Löbe-Haus, Raum E 800, Konrad-Adenauer-Str. 1, 10557 Berlin. Weitere Informationen: _____

- **08. September 2006, 09.00-16.00 Uhr, Berlin**

„Sprechstunde der Europäischen Bürgerbeauftragten"
Die europäische Bürgerberaterin, Claudia Keller, wurde von der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland ernannt und gibt jeden Freitag Informationen und Rechtsauskünfte zu allen europaspezifischen Fragen der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere zu Themen wie:
- Umzug innerhalb der EU, - Recht zu arbeiten und Aufenthaltsrecht in anderen Mitgliedstaaten der EU,- Soziale Sicherheit (Arbeitslosigkeit, Krankenversicherung, Renten, Familienleistungen),- Anerkennung von Berufsabschlüssen und Diplomen, - Rechtsschutz in der EU,- Erweiterung der EU, - Dieser Service ist kostenlos und steht jedem Bürger offen. Veranstalter: Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland. Veranstaltungsort: Europäisches Haus, Unter den Linden 78, 10117 Berlin. Anmeldung und weitere Informationen: http://www.eu-kommission.de/html/wir/wir_03.asp , Tel.: +49 30 / 2280-2450 (nur Freitag), e-Mail: eu-de-buergerberater@cec.eu.int

- **11. September 2006, 18.00 Uhr, Berlin**

„Auf dem Weg zum gläsernen Unionsbürger? – Datenschutz und innere Sicherheit auf europäischer Ebene"
Diskussionsveranstaltung auf Einladung der Bevollmächtigten des Landes Berlin beim Bund und Europabeauftragten, Staatssekretärin Monika Helbig und der Europa-Union Berlin e.V. Es diskutieren: Karin Schubert, Bürgermeisterin und Senatorin für Justiz des Landes Berlin: Peter Altmaier, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Inneren; Prof. Dr. Hansjürgen Garstka, Datenschutzbeauftragter des Landes Berlin a.D.; Moderation: Gerd Wartenberg, Staatssekretär a.D., Vorsitzender der Europa-Union Berlin e.V. Veranstaltungsort: Berliner Rathaus, Festsaal, Rathausstraße 15, 10178 Berlin. Anmeldungen per mail an Europa-Online@skzl.verwalt-berlin.de

- **12. September 2006, 18.30, Berlin**

„Deutschlands Rolle in der Europäischen Union"
Vortrag von Dr. Peter Struck, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Veranstalter: Heinz Schwarzkopf Stiftung Junges Europa, Veranstaltungsort: Konferenzraum der Stiftung, Paulinenhof, Sophienstr. 28-29, 10179 Berlin, Weitere Informationen: www.heinz-schwarzkopf-stiftung.de, info@heinz-schwarzkopf-stiftung.de

- **14. September 2006, 19.00Uhr, Berlin**

„Europa - diesseits von Afrika - Zur Entwicklungszusammenarbeit der EU in der Reihe „Baustelle Europa"
Vortrag und Diskussion mit Gabriele Zimmer. Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung. Veranstaltungsort: Magnus-Haus, Am Kupfergraben 7, 10117 Berlin. Weitere Informationen: Dr. Jochen Weichold, Tel.: +49 30 / 4431 0121, Fax: +49 30 / 4431 0222

- **15. September 2006, 10.00 bis 18.00 Uhr, Berlin**

„Einführung in den EU-Förderdschungel"
Kompaktseminar mit aktuellem Schwerpunkt auf die EU-Förderung ab 2007. Emcra berät Jugend-, Bildungs-, Kultur- und Sozialeinrichtungen bei der Antragstellung von EU-Fördermitteln. Das Seminar gibt eine aktuelle Übersicht zu EU-Förderprogrammen, die für die Teilnehmenden von Interesse

sind und veranschaulicht den gesamten Antragsprozess der Fördermittelakquisition anhand von Praxisbeispielen. Veranstalter: Emcra - Europäische Fördermittel. Veranstaltungsort: Internationales Handelszentrum Berlin, Friedrichstr. 95, 10117 Berlin. Weitere Informationen und Anmeldung: www.emcra.com, e-Mail: info@emcra.com, Tel.: +49 30 / 3180 1330, Fax: +49 30 / 3180 1369. Teilnehmerbeitrag: 245,00 € (plus 16% MwSt.) inkl. Seminarunterlagen mit CD-ROM

- **18. September 2006, 11.30 Uhr, Berlin**

„Europe Competing in the World"
Vortragsveranstaltung zum 60. Jahrestag des Aufrufs des britischen Premierministers Winston Churchill in Zürich zur Gründung der Vereinigten Staaten von Europa mit Peter Mandelson, EU- Kommissar für Handel, kommentiert von Bundespräsident a.D. Dr. Richard von Weizsäcker und Günter Gloser, Staatsminister für Europa. Veranstalter: Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, Vorsitzender des Vereins zur Förderung von Wilton Park e.V. Veranstaltungsort: Weltsaal des Auswärtigen Amtes, Werderscher Markt 1 (Eingang Unterwasserstr.), 10117 Berlin**.** Anmeldung erbeten**!** Kommissar Mandelson wird englisch sprechen. Die anschließende Diskussion wird zweisprachig sein. Bitte bringen Sie zur Veranstaltung unbedingt Ihren Personalausweis mit! Aus Sicherheitsgründen kann nur angemeldeten Personen Zutritt zum Auswärtigen Amt gewährt werden. Da der Sicherheits-Check einige Minuten dauern kann, wird um rechtzeitiges Erscheinen gebeten!

- **24. bis 29. September 2006, Berlin**

"German-French-Polish Autumn Forum - The European Union and Its Neighbours: Designing a European Neighbourhood Policy - The possibilities of cooperation between the European institutions, the member states and NGOs"
Das Seminar richtet sich an Ministerialbeamte, Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und Studenten der höheren Semester/Doktoranden aus Deutschland, Frankreich und Polen. Ziel des Seminars ist der gegenseitige Erfahrungsaustausch zwischen Ebenen/Organisationen, die sonst kaum miteinander in Berührung kommen. Während des Seminars sind die Teilnehmer aufgefordert, sich mit eigenen Präsentationen aktiv einzubringen. Experten aus den drei Ländern, anderen EU-Mitgliedstaaten, Nachbarländern und Brüssel werden danach dazu Stellung nehmen. Die Arbeitssprache ist Englisch. Veranstalter: Stiftung Genshagen – Berlin-Brandenburgisches Institut für Deutsch-Französische Zusammenarbeit in Europa. Veranstaltungsort: Schloß Genshagen, 14974 Genshagen. Weitere Informationen: Tel.: +49 3378 / 805931, Fax: +49 3378 / 870013, e-Mail: institut@stiftung-genshagen.de , Ansprechpartner: Johanna Eisenberg, Anna Hofmann, Malwina Pryjda

- **25. September 2006, 10.00 - 17.30 Uhr, Berlin**

„Was bringt Europa den Jugendlichen in Deutschland und Polen? Das deutsch-polnische Verhältnis im europäischen Integrationsprozess"
Auf dieser Fachkonferenz soll diskutiert werden, wie eine Europäische Identität unter Wahrung der kulturellen und nationalen Vielfalt aussehen kann. Es sollen Möglichkeiten für deutsche und polnische Jugendliche aufgezeigt werden im jeweils anderen Land zu leben und zu arbeiten. Veranstalter: Gesprächskreis Migration der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Unterstützung der Erich-Brost- Stiftung. Veranstaltungsort: Hotel Aquino, Tagungszentrum Katholische Akademie, Hannoversche Str. 5 b, 10115 Berlin. Die Konferenz wird simultan deutsch-polnisch und polnisch-deutsch übersetzt. Tagungsleitung: Günther Schultze, FES, Leiter des Gesprächskreises Migration und Integration. Anmeldung bis 18.9. erbeten. Weitere Informationen: www.fes.de, Tel.: +49 228 / 883 247

- **25. September 2006, 20.00 bis 22.00 Uhr Berlin**

„Europa in der Krise? Erwartungen an die deutsche EU-Präsidentschaft 2007"
Je stärker die EU dazu tendiert, die anstehenden Probleme zu vertagen, desto höher steigen die Erwartungen an die deutsche Präsidentschaft 2007. Michaele Schreyer wird sich in ihrem Vortrag mit den wichtigen Themen wie der Verfassung, der EU-Erweiterung, den institutionellen Reformen und

den an die deutsche Präsidentschaft geknüpften Erwartungen befassen. Vortrag von Dr. Michaele Schreyer, EU-Kommissarin a.D. und anschließende Diskussion. Veranstalter Heinrich-Böll-Stiftung. Veranstaltungsort Heinrich-Böll-Stiftung, Galerie, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin. Weitere Informationen: Regine Walch, Tel.: +49 30 / 285 34-112, e-Mail: walch@boell.de

- **30. September 2006, 09.00 Uhr bis 01. Oktober 2006**

„Europa nachhaltig vermitteln Möglichkeiten einer längerfristigen Kommunikationsstrategie für Europa"
Ziel des Seminars ist, grundsätzliche Überlegungen zu einer langfristig angelegten Europa-bezogenen Kommunikationsstrategie anzustellen. Wie lassen sich „Europa" und „EU" massenwirksam und dauerhaft vermitteln und wie lässt sich die Europapolitische Kommunikation verstetigen? Das Seminar richtet sich an Jugendliche, die bereit sind, sich für diese Zielsetzung aktiv zu engagieren. Ziel ist die Entwicklung einer langfristigen Kommunikationsstrategie für Europa, die in schriftlicher Form veröffentlich werden wird. Veranstalter: Heinz Schwarzkopf Stiftung in Kooperation mit Dialog09. Veranstaltungsort: Konferenzraum der Stiftung, Paulinenhof, Sophienstr. 28-29, 10179 Berlin. Weitere Informationen: Nils Müller (Dialog09 Berlin), e-Mail: nmueller@dialog09.org , www.heinz-schwarzkopf-stiftung.de

Europa im Netz / Publikationen

- **Themenheft der Vertretung der EU-Kommission: „Die Kommunen – Partner in Europa"**

Auf lokaler Ebene werden die EU-Entscheidungen greifbar für den Alltag der Bürger und der Unternehmen. Die Städte und Gemeinden Europas stehen daher im Mittelpunkt des neuen Themenhefts. Das Themenheft stellt Beispiele vor, wie europäische Fördermittel auf kommunaler Ebene erfolgreich eingesetzt werden, gibt einen Überblick über die Verteilung der Strukturfondsmittel für Städte und Gemeinden ab 2007 und beleuchtet die Umsetzung europäischer Umweltpolitik in den Kommunen. EU-Regionalkommissarin Danuta Hübner äußert sich zur Neuausrichtung der Strukturfonds ab 2007 und zum Städteaudit der EU-Kommission. Hinweise auf Großereignisse wie die Vorbereitungen des Ruhrgebiets auf das Projekt Europäische Kulturhauptstadt 2010 oder die Informationskampagne zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge in 50 deutschen Städten 2007 bieten zusammen mit zahlreichen Recherchetipps für Lokaljournalisten einen aktuellen Service für den Leser.
http://80.237.230.148/pdf/eunachrichten/eu-themenheft-web.pdf

- **„Mein-MdEP.de": Europa-Union baut Onlinedienst für EU-Parlamentarier auf**

Die Europa-Union Deutschland verstärkt ihre parlamentarische Arbeit und wird in Zusammenarbeit mit europa einfach e.V. am 04. September 2006 einen neuen Onlinedienst starten, der den Dialog zwischen den Bürgern und den 99 deutschen Europa-Abgeordneten fördern soll. Alle deutschen Europa-Abgeordneten erhalten unter „mein-MdEP.de" eine eigene Seite, auf der sie mit Lebenslauf, Foto und Link auf ihre eigene Onlineseite vorgestellt werden, Standpunkte zu vorgegebenen Aussagen einnehmen müssen, ihre Pressemitteilungen und Reden vor dem Europäischen Parlament veröffentlichen können und ihre Arbeit in Parlament und Ausschüssen erklären sollen. Dadurch wird die Rolle, die die MdEPs als gestaltende Kraft und Anwälte der Bürger spielen, verdeutlicht. Die Bürger können die Abgeordneten direkt auf deren Seiten befragen, Fragen und Antworten werden öffentlich präsentiert. Die Auswahl der Europa-Parlamentarier erfolgt über eine dynamische Deutschlandkarte und über eine Liste der Fraktionen.
Gestartet wird der neue Onlinedienst am 4. September 2006. Weitere Informationen erhalten Sie im Generalsekretariat unter christof.mueller@europa-union.de oder unter http://www.europa-union.de

- **EuroPeers - der Einsatz lohnt sich...**

EuroPeers sind junge Leute, die mit dem EU-Programm JUGEND im Ausland waren und ihre Erfahrungen an andere Jugendliche weitergeben möchten. Sie gehen in Schulen, Jugendclubs, Kulturzentren oder Fußgängerzonen, in die Parlamente und anderswohin, um von ihren Erfahrungen mit Europa zu erzählen und über das Programm JUGEND und andere Mobilitätsprogramme zu informieren. Dabei organisieren sie selbständig Veranstaltungen für Jugendliche oder werden von Schulen, Organisationen und Einrichtungen als ReferentInnen angefragt.
Vereine, Schulen, Jugendzentren oder andere Jugendeinrichtungen, die eigene Veranstaltungen zum Thema „Europa" planen, können EuroPeers als ReferentInnen gewinnen. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter http://www.jugendfuereuropa.de/7.html

- **Schriftenreihe: Europa zwischen Spaltung und Einigung**

In Schlüsseldokumenten stellt Curt Gasteyger den Prozess der europäischen Einigung nach 1945 dar - eine Anregung zum Nachdenken über die Zukunft der EU nach der Osterweiterung und der Debatte um die europäische Verfassung. http://www.bpb.de/publikationen/9ZCCCJ

- **Europa im Internet**

Die Publikation „Europa im Internet. Organe, Institutionen, Datenbanken" bietet einen umfassenden Überblick zu den Internetadressen aus dem Bereich der EU. Zusammengestellt hat die Liste das Europäische Beratungszentrum der Deutschen Wirtschaft (EBZ). Sie unterstützt Unternehmen, Institutionen und Bürger bei der Recherche nach EU-relevanten Themen im Internet. Die Broschüre kann als pdf-Datei oder gedruckt gegen eine Schutzgebühr von 10 € pro Stück bestellt werden. e-mail: eic@bdi-online.de, Fax: +49 30 / 2028 2623

Stellenausschreibungen / Auswahlverfahren

- **Allgemeines Auswahlverfahren, Bewerbungsfrist: 7.9.2006**

Im Amtsblatt C 173 A vom 26.7.2006 ist ein Auswahlverfahren für Assistentinnen und Assistenten verschiedener Sprachen für Sekretariatstätigkeiten veröffentlicht worden.

EPSO/AST/26-36/06
http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2006/ca173/ca17320060726de00030018.pdf

u.a.
EPSO/AST/27/06, Assistentinnen und Assistenten deutscher Sprache (DE)

Zulassungsbedingungen (Anforderungsprofil):
1. Diplome oder sonstige Bildungsabschlüsse und Berufserfahrung
- einen durch ein Diplom bescheinigten, postsekundären Bildungsabschluss, der mit der Art der Tätigkeit in Zusammenhang steht,
oder

- einen durch ein Diplom bescheinigten sekundären Bildungsabschluss, der Zugang zur postsekundären Bildung ermöglicht, und eine daran anschließende mindestens dreijährige Berufserfahrung, die mit der Art der Tätigkeit in Zusammenhang steht.

2. Sprachkenntnisse
a) Hauptsprache

Gründliche Kenntnis
- der deutschen Sprache für das Auswahlverfahren EPSO/AST/27/06

b) Zweite Sprache (nicht identisch mit der Hauptsprache)
Ausreichende Kenntnis der deutschen, der englischen oder der französischen Sprache.

Die Bewerbung zur Teilnahme an diesem Concours ist bis 7.September 2006 möglich. Ein Muster für den benötigten Lebenslauf finden Sie unter: http://europass.cedefop.eu.int/

- **Allgemeines Auswahlverfahren, Bewerbungsfrist: 12.9.2006**

Das Europäische Amt für Personalauswahl hat am 13.07. einen Concours EPSO/AD/51/06 für Rechts- und Sprachsachverständige deutscher Sprache ausgeschrieben. Über dieses Verfahren sollen Reservelisten für zwanzig Rechts- und Sprachsachverständige deutscher Sprache beim Europäischen Gerichtshof und für acht bei Parlament, Rat und Kommission erstellt werden.
Zulassungsvoraussetzung zum Auswahlverfahren ist ein in Deutschland oder Österreich erfolgreich absolviertes Jurastudium (deutsches 1.Staatsexmanen, österr. Magister). Zusätzlich ist der Erwerb der erforderlichen Sprachkenntnisse nachzuweisen (oder darzulegen).
Bei diesem Auswahlverfahren muss eine Ausrichtung „Zweig Gerichtshof" oder „Zweig Parlament/Rat/Kommission" gewählt werden. Prüfungsanforderungen und Sprachenwahl sind unterschiedlich:
Für die Tätigkeit beim Gerichtshof
- ist die perfekte Beherrschung des Deutschen erforderlich (=Sprache 1)
- ist die gründliche Kenntnis des Französischen erforderlich (=Sprache 2)
- als weitere Sprache (gründliche Kenntnis) sind wählbar: Bulgarisch, Englisch, Estnisch, Finnisch, Italienisch, Niederländisch, Polnisch, Spanisch (=Sprache 3).

Für die Tätigkeit bei Parlament/Rat/Kommission ist:
- ebenfalls die perfekte Beherrschung des Deutschen erforderlich (=Sprache 1) erforderlich, abweichend aber:
- gründliche Kenntnis des Englischen oder Französischen (=Sprache 2)
- gründliche Kenntnis des Englischen, Französischen, Italienischen oder Spanischen (=Sprache 3) wobei Sprache 2 und 3 verschieden sein müssen und Englisch als Sprache 2 oder 3 gewählt werden muss.

Bei beiden Zweigen können fakultativ weitere Sprachen gewählt werden, in denen dann auch eine Prüfung abgelegt wird, was jedoch ohne Einfluss auf das Ergebnis des Concours bleibt.

Sowohl der Aufbau des Auswahlverfahrens als auch die Anmeldeformalitäten weichen von dem sonst bei den Concours üblichen Verfahren ab:

Das Auswahlverfahren besteht aus einer schriftlichen und einer mündlichen Prüfung. Bei der schriftlichen Prüfungen werden Übersetzungen aus den beiden gewählten Sprachen ins Deutsche geschrieben, beim „Zweig Parlament/Rat/Kommission" zusätzlich eine Prüfung zur Korrektur von Übersetzungen.
Die Bewerbung zur Teilnahme an diesem Concours ist bis 12.September 2006 möglich. Dabei muss parallel zur online-Anmeldung eine schriftliche Bewerbung mit Unterlagen und Lebenslauf eingereicht werden (Ende der online-Anmeldefrist 12.09. mittags, für die schriftliche Bewerbung gilt der Poststempel). Ein Muster für den benötigten Lebenslauf finden Sie unter: http://europass.cedefop.eu.int/ . Alle potentiellen Teilnehmenden sollten sich die weiteren Einzelheiten in der Ausschreibung genau durchzulesen. Sie finden die Ausschreibung unter: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2006/ca162/ca16220060713de00030014.pdf .

A c h t u n g !

Weitere Stellenangebote für Interessierte auch unter http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aamt/stellengesuche/stellen_extern, unter: http://europa.eu.int/epso/index_de.htm und/oder in der Online-Stellenbörse unter der Rubrik „Befristete Beschäftigungsmöglichkeiten im Ausland für alle Beschäftigte des Landes“ http://www.stellenboerse.verwalt-berlin.de/daten/jobindex.htm .

- **Stellenangebote bei EU-Institutionen**

Kostenfreie und aktuelle Informationen über Stellenausschreibungen und -angebote aller Institutionen und Agenturen der EU sowie Angaben zu Bewerbungswegen, -fristen und weiteren Informationsquellen und Ansprechpartnern bietet der Stellenanzeiger http://www.europa-kontakt.de (Rubrik "Ausschreibungsdienst").

Nationale Sachverständige

Einführung:
Nationale Sachverständige bzw. Nationale Experten/innen (frz. Expert National Détaché, END) sind Mitarbeiter/innen der Verwaltungen, dem Privatsektor und gemeinnützigen Organisationen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die bis zu vier Jahren zu EU-Institutionen abgeordnet werden. Der Zweck dieses Einsatzes ist ein wechselseitiger Austausch von Erfahrungen und Kenntnissen über die Arbeitsweise und die inhaltlichen Zielvorstellungen der Kommission und die der nationalen Verwaltungen. Während ihrer Abordnung werden sie weiterhin von ihrer entsendenden Dienststelle bezahlt während die Kommission zusätzlich ein Tagegeld gewährt.
Während der Abordnungszeit wahren die ENDs im Idealfall den Kontakt zur entsendenden Stelle und informieren über aktuelle Themen aus dem Arbeitsbereich. Nach ihrer Rückkehr sollen sie die erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen sowie geknüpften Netzwerke in die tägliche Arbeit einbringen.

Voraussetzungen für die Tätigkeit als Nationaler Sachverständiger sind u.a.:

- gründliche, langjährige Arbeitserfahrungen in dem die Ausschreibung betreffenden Bereichen
- Kenntnisse der Gemeinschaftsinstitutionen und ihrer Funktionsweise
- sehr gute nachweisbare englische bzw. französische Sprachkenntnisse, da dies in der Regel die Arbeitssprachen sind, wobei mittel- und osteuropäische Sprachen (außer Russisch) zunehmend an Bedeutung gewinnen
- interkulturelle Kompetenz

Bewerbungsverfahren:

Gehen Sie bitte wie folgt vor:

Bitte senden Sie Ihre Bewerbung mit Lebenslauf (hier bitte ausschließlich das Europäische Lebenslaufmuster benutzen, abzurufen bei der Senatskanzlei oder unter: http://europass.cedefop.eu.int/)
nur elektronisch vorab über das
Büro des Landes Berlin in Brüssel, I C 2, Herrn Dr. Heiko Wagner, E-Mail: Heiko.Wagner@skzl.verwalt-berlin.de, 71, Av. Michel-Ange, B-1000 Brüssel, Fax: 00322-73 24 746

an die
Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU, Herrn Katzorke,
E-Mail: toralf.katzorke@diplo.de, Telefonnummer 0032 2 2381 935, Faxnummer 0032 2 2385 935

Die Bewerbungen sind ausschließlich durch die Ständige Vertretung an die Dienststelle für nationale Sachverständige (GD ADMIN) zu richten und sollten nicht direkt bei den Generaldirektionen eingereicht werden. **Papierformbewerbungen sind nicht mehr erforderlich.**

Der Bewerber muss die entsprechende Generaldirektion, Referat und den Posten, für den er sich bewirbt, genau angeben. Die GD ADMIN wird die Übereinstimmung der Bewerbung mit der Stellenbeschreibung prüfen und sie anschließend an die entsprechende Generaldirektion weiterleiten. Aus der Bewerbung muss ersichtlich sein, dass die entsendende Stelle die Zahlung der Bezüge/Vergütung während der Dauer der Entsendung übernimmt.

Eine Kopie der Bewerbung ist bitte auch an die Senatskanzlei, I B 5 (Sandra.Woiton@skzl.verwalt-berlin.de) zu senden. Weitere Informationen zu den Ausschreibungstexten können bei der Senatskanzlei angefordert werden.

Nationale Sachverständige mit **Frist 21.09.2006** in den Generaldirektionen:

- «Personal und Verwaltung» ADMIN
  - Personalwesen/Sozial-, Verwaltungswissenschaft
- «EuropeAid – Amt für Zusammenarbeit» AIDCO
  - Referat E 4 Jurist
  - Referat F 3 Jurist
- «Das Beratergremium für europäische Politik» BEPA
  - Sozialwissenschaft
- «Wettbewerb» COMP
  - Volkswirtschaft/Jura
- «Bildung und Kultur» EAC
  - Referat A 3 Berufsbildung
  - Referat B 1 Bildungswesen
- «Wirtschaft und Finanzen» ECFIN
  - Volkswirtschaft
- «Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit» EMPL
  - Referat A 1 Wirtschafts-, Sozialwissenschaft/Jura
  - Referat C 1 Sozialwissenschaft
  - Referat I 3 Wirtschaftswissenschaft, Jura
- «Umwelt» ENV
  - Referat A 3 Katastrophenschutz
  - Referat E 3 Jura
  - Referat G 2 Wirtschaftswissenschaft/Ingenieur
- «Eurostat» ESTAT
  - Statistik/Volkswirtschaft
- «Informationsgesellschaft und Medien» INFSO
  - Verwaltungswissenschaft
- «Gemeinsame Forschungsstelle» JRC
  - Jura (Patentrecht)
- «Binnenmarkt und Dienstleistungen» MARKT
  - Wirtschaftswissenschaft/Jura
- «Europäisches Amt für Betrugbekämpfung» OLAF
  - Referat B 1 Jura/Kriminologie
  - Referat B 3 Polizei/Zoll/Staatsanwaltschaft
- «Regionalpolitik» REGIO
  - Referat 02 Rechnungsprüfung
  - Referat E 4 Strukturfonds/Regionalentwicklung

  - Referat F 4 Wirtschaftswissenschaft
- «Forschung» RTD
  - Referat A 4 Wissenschaftspolitik
  - Referat B 2 Wissenschaftspolitik
  - Referat C 1 Wissenschaftspolitik
  - Referat E 2 Ernährungswissenschaft
  - Referat E 3A Landwirtschaft
  - Referat E 3F Forstwirtschaft
  - Referat E 3P Fischereiwirtschaft
  - Referat K 1 Sozial-, Geisteswissenschaft
  - Referat B 1 (4 Stellen) Grundlagenforschung
- «Gesundheit und Verbraucherschutz» SANCO
  - Veterinärrecht
- «Energie und Verkehr» TREN
  - Referat B 1 Wirtschafts-, Natur- und Verwaltungswissenschaft/Ingenieur/Jura
  - Referat C 1 (2 Stellen) Wirtschaftswissenschaft/Ingenieur
  - Referat C 2 Wirtschaftswissenschaft/Jura/Ingenieur
  - Referat E 2 Ingenieur
  - Referat J 2 Wirtschaftswissenschaft/Jura/Ingenieur

- **Neues Finanzierungsinstrument der Außenhilfen der EU ab 1. Januar 2007**

Am 17. Juli 2006 verabschiedete der Rat - auf Vorschlag der Kommission - eine Verordnung zur neuen Heranführungshilfe für Beitrittskandidaten (Instrument for Pre-accession Assistance, IPA). Die Veröffentlichung der Verordnung erfolgte im Amtsblatt der EU vom 31.7.2006 .IPA wird ab 1. Januar 2007 an die Stelle der bisherigen fünf Instrumente PHARE, ISPA, SAPARD, Heranführungsinstrument Türkei und CARDS treten. Unter das neue Instrument fallen alle EU-Heranführungsmaßnahmen sowohl für die Beitrittskandidaten als auch für weitere potenzielle Anwärter (Kroatien, Türkei, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, aber auch Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien einschließlich Kosovo).Weiterführende Informationen zum Thema Twinning (Partnerschaften für den Verwaltungsaufbau)

Expertensuche im Rahmen von Twinning

Einführung in das Twinning:

Das Twinning-Programm der Europäischen Union fördert den Verwaltungsaufbau in den

- neuen EU-Mitgliedstaaten und den Beitrittsländern (PHARE),
- Ländern des Westbalkans (CARDS),
- ehemaligen Staaten der Sowjetunion (TACIS)
- Mittelmeeranrainern (MEDA).

Beim Twinning unter PHARE geht es vor allem darum, die administrative Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften (sog. acquis communautaire) zu unterstützen, wohingegen beim CARDS-, TACIS- und MEDA-Twinning der Aufbau und die Stärkung demokratischer Verwaltungsstrukturen (sog. "institution building") im Vordergrund der Verwaltungspartnerschaft steht. Auf der Grundlage von Empfehlungen der Europäischen Kommission entscheiden die Twinning-Partnerländer auf welchen Gebieten Projekte erforderlich sind. Auf der Grundlage von Ausschreibungen werden die EU-Mitgliedsaaten gebeten, Vorschläge für die konkrete Gestaltung zu unterbreiten. Die Twinning-Partnerländer erhalten daraufhin Angebote aus den Mitgliedstaaten und wählen nach einer Präsentation das für sie geeignete Angebot aus. Zur Umsetzung des jeweiligen Projekts werden öffentlich Bedienstete (Beamte, Angestellte oder Ruheständler) aus den Verwaltungen des ausgewählten EU-

Mitgliedstaates in die Twinning-Partnerländer abgeordnet. Die Abordnungszeiträume variieren zwischen 1-3 Jahren (Langzeitberater) und ggf. wiederholten
Einsätzen von mehreren Wochen (Kurzzeitexperten).

Voraussetzungen für die Tätigkeit als Twinningexperte sind u.a.:

- gründliche, langjährige Arbeitserfahrungen in dem die Ausschreibung betreffenden Bereichen und ggf. fundierte Kenntnisse des sog. acquis communautaire
- sehr gute nachweisbare englische bzw. französische Sprachkenntnisse, da dies in der Regel die Arbeitssprachen sind
- interkulturelle Kompetenz

Erfahrungen in internationaler Projektzusammenarbeit und in Auslandseinsätzen sind wünschenswert, wohingegen das Wissen über Landesspezifika oder das Sprechen der Landessprache hilfreich, aber nicht vorrangig sind.

Bewerbungsverfahren:

Gehen Sie bitte wie folgt vor:

- Benutzen Sie das englischsprachige Formular des Standardlebenslaufes (http://www.berlin.de/RBmSKzl/Europa/Zusammenarbeit/d/twinning.html) und senden es unter Angabe des entsprechenden Twinning-Projektcodes an die Senatskanzlei (Sandra.Woiton@skzl.verwalt-berlin.de)
- Beachten Sie bitte, dass Sie Ihre Sprachkenntnisse in einer Skala von 5 (sehr gut) bis 1 (mangelhaft) einschätzen müssen.
- Beachten Sie bitte auch, dass die genannten Fristen feste Termine sind, an denen bereits mögliche Partner informiert sein müssen, d.h. frühes Bewerben birgt größere Erfolgsaussicht.
- Bitte informieren Sie das Referat Angelegenheiten der EU, (Sandra.Woiton@skzl.verwalt-berlin.de) unaufgefordert über den Fortgang des Bewerbungsverfahrens. In Problemfällen unterstützen wir Sie gern.

Die Abkürzungen im Twinning-Code (z.B. SI04-AG-06) stehen für nachfolgende von der Europäischen Kommission festgelegte Bereiche (Ausnahme: sog. Twinning-light Projekte):

AG - Agriculture - Landwirtschaft
EN - Environment - Umwelt
FI - Finance - Finanzen
JH - Justice and Home Affairs - Justiz und Inneres
NS - Nuclear Safety - Reaktorsicherheit
SO - Social Affairs - Soziales
TR - Transport - Verkehr
OT - Others - Sonstige

Den vollständigen Ausschreibungstext erhalten Sie unter http://www.berlin.de/rbmskzl/ europa/europapolitik/twining.html oder beim Referat Europapolitik der Senatskanzlei (Ansprechpartnerin: Sandra.Woiton@skzl.verwalt-berlin.de (Tel. 9026-2214)

Rumänien, Frist: 8.Septmber 2006

- RO05/OT 04 TL – „Strengthening the administrative capacity of the Romanian Office for Adoptions in promoting best practices in domestic adoption“

Slowakei, Frist: 11. September 2006

- SK/2006/IB/JH/01TL – „Evaluation of Judges Workload“

Malta, Frist: 14. September 2006

- MT/04/IB/OT/03/TL – „Additional Support for specific technical areas for the continued effective implementation and operation of the Market Surveillance“

Bulgarien, Frist: 20. September 2006

- BG/05/IB/OT/03/UE/TL – „Qualitiy Services and Public Information on Social Security for Persons moving within the Community“

Polen, Frist: 22. September 2006

- PL2004/IB/JH-05 TL – „Management in Polish Police“

Ungarn, Frist: 25. September 2006

- HU04/IB/AG03-TL – „Implementation of TRACES in the Hungarian Veterinary and Food Control Service“
- HU05/IB/JH04-TL – „Preparation of police units responsible for preventing and interrupting acts of terrorism“

Estland, Frist: 25. September 2006

- EE/04/IB/TWP/INT/04 – „Development of market Surveillance abilities of Technical Inspectorate in the field of energy efficiency of equipment“
- EE/04/IB/TWP/INT-05 – „Development of market Surveillance abilities of Technical Inspectorate in the area of explosives for civil use, pressure equipment, transportable pressure equipment and aerosol dispensers“

Marokko, Frist: 29. September 2006(16 Uhr Ortszeit !!!!)

- MA/06/AA/FI/07 – „Fight against Money Laundering“

Polen, Frist: 2. Oktober 2006

- PL2005/IB/AG/04/TL - "Supervision authorities and certifying bodies work in organic farming"

Slowenien, Frist: 2. Oktober 2006

- SI/06/IB/EC/02 – „Advanced chemical safety – third stage project“
- SI/06/IB/EN/01 – „Development of financial instruments for water management based on Water Framework Directive 2000/60/EC“

Lettland, Frist: 4. Oktober 2006

- LV/2005/AG-01TL – „Strengthening of the administrative capacity of the Ministry of Agriculture for development of the National Food Quality Policy“

Malta, Frist: 5. Oktober 2006

- MT06EN01 - "Further Institution-Building in the Environmental Sector"

Slowakei, Frist: 6. Oktober 2006

- SK05EN01TL - „Development of WFD Compliant National Method for Water Quality Assessment of Lowland Rivers Using Phytoplankton and Proposal for Phytobenthos Monitoring“

Polen, Frist: 9. Oktober 2006

- PL2005/IB/AG/01 TL – „The development of the strategy of quality management in the area of plant protection and seeds in Poland“
- PL2005/IB/AG/03 TL – „Strengthening of marketing quality control of fruit and vegetables“

Bulgarien, Frist: 10. Oktober 2006

- BG/2005/IB/EN/01/UE/TWL – „Preparation of Executive Environment Agency for Implementation of EU Environmental Reporting Obligations”
- BG/2005/IB/FI/09/UE/TWL – „Building institutional capacity for establishing National Training Centre within the National Revenue Agency of Bulgaria“

Polen, Frist: 12. Oktober 2006

- PL 06 IB AG 01 - "Development of integrated advisory system for farm management"
- PL 06 IB AG 03 - "Preparation of agency for restructuring and modernization of agriculture for the implementation of new CAP refor"
- PL 06 IB EC 01 - "Improvement of implementation of food safety surveillance"
- PL 06 IB EN 01 - "Training of water quality monitoring for State Sanitary Inspection"
- PL 06 IB EN 02 - "Communication, public awareness and capacity building for the EU Natura 2000 ecological network"
- PL 06 IB FI 02 - "Local Government Budget Management System"
- PL 06 IB JH 01 - "Improvement of anticorruption activities in Poland"
- PL 06 IB JH 03 - "Fight against crime"
- PL 06 IB SO 02 - "Strengthening communicable diseases epidemiological surveillance in Poland"
- PL 06 IB SO 03 - "Development of institutional control over the safety and quality of human blood and blood components"

Rumänien, Frist: 16. Oktober 2006

- RO/06/IB/AG/01 – “Further support for ANCA services”
- RO/06/IB/AG/02 – “To set-up adequate structures assuring the absorption of EU Rural Development and Fishery funds after accession”
- RO/06/IB/FI/01 - “Strengthening the fiscal administration reform”
- RO/06/IB/JH/01 – “Schengen acquis approximation”
- RO/06/IB/JH/03 - “Consolidation of Romanian Gendarmerie capacities to assure interoperability with similar institutions from E.U.”
- RO/06/IB/JH/05 - “Continuing the fight against corruption in public administration”
- RO/06/IB/JH/06 – “Adopting the intelligence-led policing concept in the field of organised crime”
- RO/06/IB/OT/01 – “Implementation of the Cadastre and Real Property Rights Registration System in Romania – Phase 3”
- RO/06/IB/OT/02 – “Support for the development of community mental health services and the deinstitutionalization of persons with mental disorders”
- RO/06/IB/OT/03 – “Institutional building, secondary legislation drafting and training concerning the Movable Cultural Heritage and Cultural Goods”
- RO/06/IB/SPP/01 – “Support to the MACSF to ensure a sound and efficient management of the EU Structural Funds”
- RO/06/IB/SPP/02 – “Building the institutional structures in order to achieve upon accession, sound and efficient management of EU Structural Funds”

Bulgarien, Frist: 19. Oktober 2006

- BG 06 IB TR 01 – „Provision of effective search and rescue (SAR) services in Bulgarian SAR region“

Lettland, Frist: 20. Oktober 2006

- LV/2005/IB/JH/01 – „Processing of personal biometric data"

Kroatien, Frist: 23. Oktober 2006

- HR/2005/IB/JH/01 – „Strengthening Human Resources Management, Education and Training at the Ministry of the Interior"

Marokko, Frist: 7. November 2006

- MA06/AA/FI/09 – „Renforcement des capacités institutionnelles de l'Inspection Générale de l'Administration Territoriale (IGAT) comme pôle de promotion de la bonne gouvernance locale au Maroc"

- Die aktuelle Ausgabe von „Europa in **Berlin** in Europa" finden Sie stets als pdf-Datei auf den Internetseiten des Europareferats der Senatskanzlei unter http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/oeffentlichkeitsarbeit/newsletter.html, die bereits veröffentlichten Ausgaben sind im Archiv hinterlegt unter: http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/oeffentlichkeitsarbeit/newsletter_archiv.html
- Wenn Sie „Europa in **Berlin** in Europa" zukünftig regelmäßig erhalten wollen, teilen Sie bitte Ihre E-Mail-Bezugsadresse mit: (Christian.Keune@skzl.verwalt-berlin.de).
- Sollten Sie den Newsletter abbestellen wollen, teilen Sie uns das bitte auch unter dieser E-Mail Adresse mit.
- Wir wären außerdem dankbar, wenn Sie uns etwaige E-Mail-Adressänderungen melden.
- Wegen des sehr großen elektronischen Abonnenten-Verteilers kann es aufgrund von Computerpannen vorkommen, dass der Newsletter Sie nicht erreicht. Sollten Sie davon Kenntnis erlangen, bitten wir um Mitteilung.
- Anregungen, Kritik, Hinweise, Verbesserungsvorschläge oder interessante Beiträge sind jederzeit willkommen: Christian.Keune@skzl.verwalt-berlin.de

Impressum

Herausgeber und V.i.S.d.P.
Der Regierende Bürgermeister von Berlin,
Senatskanzlei, Referat Angelegenheiten der EU,
Berliner Rathaus, 10871 Berlin (Postanschrift)
Tel. 9026 (926) 2217, Fax. 9026 (926) 2563
E-Mail: Christian.Keune@skzl.vewalt-berlin.de

Redaktionsteam:

- Christian Keune
- Anja Renner
- Ellen Wadewitz
- Stefan Schmidt
- Nicola Schmeling